

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Finanzdirektion

**109 2013.0889 Bericht
Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014)**

Haushaltsdebatte – VA 2014, AFP 2015–2017, Bericht ASP 2014, Abtragung Defizit 2012

(Die Haushaltsdebatte wurde unabhängig der Reihenfolge der Geschäfte im Detailprogramm in Themenblöcken zusammengefasst geführt. Deshalb erscheint der Wortlaut der Haushaltsdebatte – das heisst, die Diskussionen über die Traktanden 60–109 – gesamthaft unter dem Geschäftstitel «2013.0889 Bericht Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014)»).

Präsident. Ich begrüsse die Ratsmitglieder zum Start der grossen Haushaltsdebatte. Ich begrüsse ebenfalls die Finanzdirektorin und Herrn Trenkel, den Präsidenten des Obergerichts, der zu Beginn dieser Sitzung anwesend ist und nächste Woche noch einmal anwesend sein wird. Teilweise werden wir in den betroffenen Bereichen recht emotionale Debatten führen. Bereits im Vorfeld stellten wir aufgrund von Briefen, Telefonanrufen und Mails, aber auch durch Petitionen, die eingereicht wurden, sowie Demos vor dem Rathaus fest, dass das Ganze die Bevölkerung bewegt. Wir erhielten Petitionen von Einzelpersonen und von diversen Gruppierungen, die alle in der Wandelhalle aufliegen: Spitex Berner Jura mit 15 000 Unterschriften; Gartenbauschule Oeschberg mit 20 800 Unterschriften; Russisch mit 940 und Griechisch mit 5147 Unterschriften. In dieser Debatte erwarte ich von den Ratsmitgliedern gegenseitigen Respekt und sachliche Voten, ein konzentriertes, ruhiges Arbeiten – auf jeden Fall weniger laut, als es im Moment noch ist. Für mich bedeutet das, dass ich bei kombinierten Anträgen – das heisst sparen und zugleich kompensieren – zwei Abstimmungen durchführen werde, wie ich bereits in der Präsidentenkonferenz angekündigt habe. Die FIKO hat keine derartigen Anträge gestellt. Im Programm gibt es jedoch einzelne Anträge, die auf diese Weise aufgebaut sind. Ich werde mit den Antragstellern Kontakt aufnehmen und vorgängig bekannt geben, wie ich abstimmen lasse. Ich werde über solche Anträge jedoch nicht in einem Schritt abstimmen, sondern führe zwei Abstimmungen durch, das gehört auch zur Transparenz und zur Fairness. Ich werde ebenfalls auf die verkürzten Redezeiten achten. Wenn ein Antrag von der FIKO unterstützt oder abgelehnt wird, steht nur die halbe Redezeit zur Verfügung; denken Sie daran. Für die Fraktionen und die Antragsteller sind es sechs Minuten, bei Anträgen, die bereits gestellte Anträge unterstützen, sind es drei Minuten. Diese sind in der Antragsliste Grau hinterlegt; an einer oder zwei Stellen ging es vergessen. Die Blöcke sind nun einigermaßen klar, wobei ich nicht ausschliessen kann, dass es noch die eine oder andere Verschiebung geben wird. Die Debatte basiert auf Version sechs; im Laufe der Debatte wird es sicher noch eine Teilversion sieben geben. Morgen Abend, nach Abschluss der ersten Woche, werde ich gemeinsam mit der Vizepräsidentin und der FIKO Bilanz ziehen und feststellen, ob es für die zweite Woche Massnahmen braucht.

Damit ist das Wichtigste zum Einstieg gesagt. Wir werden nun eine Grundsatzdebatte führen. Zuerst wird sich Grossrat Iseli, der Präsident der FIKO, zum ASP-Bericht äussern und danach Grossrat Tromp zu Voranschlag und AFP. Dann folgen die Fraktionserklärungen, das Votum der Finanzdirektorin und schliesslich die Abstimmung zum Grundsatzentscheid betreffend Abtragung des Defizits. Daraufhin steigen wir in die Querschnittsthemen ein und nachher in die Direktionen. Zuvor begrüsse ich jedoch noch eine Klasse auf der Zuschauertribüne: die Schreinerklasse drittes Lehrjahr aus Langnau, mit ihrem Lehrer Herrn Wenger. Herzlich willkommen bei uns im Ratssaal. *(Applaus.)* Während der gesamten Haushaltsdebatte wird an der Anzeigetafel das Traktandum 109 aufleuchten. Der Gegenstand der durchgeführten Abstimmungen wird nachher hier vorn von Hand eingetragen. Wir können nicht auch noch die Blöcke elektronisch abbilden. Dies als weitere Regieanweisung.

Themenblock 1

Grundsatzdebatte

Die Grundsatzdebatte wird zu allen Themen der Haushaltsdebatte gemeinsam geführt.

Themenblock 2

Grundsatzentscheid betreffend die Abtragung des Defizits in der Laufenden Rechnung 2012

Geschäft 2013.1350

Grossratsbeschluss betreffend den Grundsatzentscheid der Abtragung des Defizits in der Laufenden Jahresrechnung 2012

Antrag Regierung

Die Frist für die Abtragung des Aufwandüberschusses des Geschäftsberichts 2012 wird im Sinne von Art. 101a Abs. 4 KV auf vier Jahre erstreckt.

(Die Fristerstreckung erfordert gemäss Art. 101a Abs. 4 KV die Zustimmung von 96 Mitgliedern des Grossen Rats.)

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Präsident der Finanzkommission. Vor einem Jahr führten wir hier die Haushaltsdebatte und berichteten ebenfalls über Sparmassnahmen. Damals stellte man fest, dass der Kanton Bern ein strukturelles Defizit haben würde, weil der Aufgaben- und Finanzplan sehr stark rote Zahlen schrieb. Daraufhin rief die Regierung ein Projekt mit der Bezeichnung Aufgaben- und Strukturüberprüfung ins Leben und übergab es der BAKBASEL unter der Leitung von Professor Doktor Müller. In einer ersten Phase nahm die Projektorganisation eine Analyse der Finanzen des Kantons Bern vor. Bei einer durchschnittlichen Leistung und einer unterdurchschnittlichen Wirtschaftskraft eine überdurchschnittliche Steuerbelastung waren die ersten Erkenntnisse, die das Projekt brachte. In einem zweiten Schritt beauftragte die Regierung die Projektorganisation, in einem Benchmark-Vergleich zu analysieren, wie die 32 Felder, die sie definierte hatte, im Kantonsvergleich dastehen. Das strukturelle Defizit kommt daher, dass der Kanton Bern an Wirtschaftskraft verloren hat, dass aber auch Aufgaben seitens der Bundes auf den Kanton heruntergebrochen wurden. Wenn man ein strukturelles Defizit abbauen will, kann man das mit Mehreinnahmen oder mit Ausgabenkürzungen machen. Im heutigen politischen Umfeld und mit den bestehenden politischen Kräften ist es sehr richtig, dass das Schwergewicht auf die Ausgabenkürzungen gelegt wurde. Bei den Massnahmen im Bericht sind auch Mehreinnahmen geplant: Es sind das der Verzicht auf den Berufskostenabzug und die Kürzung des Fahrkostenabzugs.

Die Haltung der Finanzkommission zu diesem Bericht war die, dass wir uns von der Regierung immer wieder orientieren lassen wollten, wo das Projekt steht. Jedes Mal hat man in Briefen geäußert, was man vom jetzigen Projektstand hält. Die Regierung hat uns Anfang April die ersten Massnahmen, die sie diskutierte, präsentiert. Auf Nachfrage erhielt man ebenfalls das Argumentarium. Die Finanzkommission hat sich in einer Retraite getroffen und hat eine eigene politische Analyse der Massnahmen, welche die Regierung vorgeschlagen hatte, vorgenommen. Die FIKO hat aber auch eigene Vorschläge gebracht. Diese wurden von der Regierung aufgenommen, indem sie sie vorerst beiseitelegte, denn die Zeit drängte so stark, dass man keine Möglichkeit hatte, Abklärungen zu treffen und diese in den ersten Bericht einfließen zu lassen. Dass die ASP mit der heutigen Haushaltsdebatte nicht abgeschlossen ist, ist klar: Die ASP wird weitergeführt, und somit hat die Finanzkommission die Hoffnung, dass ihre Abklärungen in der Regierung gemacht werden und eventuell in eine zweite Weiterführung der ASP eingebracht werden.

Anfang Sommer hat die Regierung ihre Massnahmen der Öffentlichkeit präsentiert. Sie hat einen Topf 1 präsentiert und auch Massnahmen, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen und den Aufgaben- und Finanzplan massiv zu verbessern. Sofort begann der politische Prozess; die betroffenen Organisationen meldeten sich, lieferten Argumentarien, weshalb nicht bei ihnen gespart werden soll, und liessen das Lobbying spielen. Wir werden sehen, was es gebracht hat. Die Präsentation des Budgets am 21. August hat schliesslich bewiesen: Wir haben einen ausgeglichenen Vorschlag. Das Ziel der Regierung wurde erfüllt, die ASP hat gegriffen. Der Prozess, den nachher die Finanzkommission ausführte, war der ordentliche Prozess: Wir sollten einen Bericht zum ASP-

Bericht erstellen. Wir hatten den Aufgaben- und Finanzplan und den Voranschlag. Die Finanzkommission entschied, dem Parlament einen gemeinsamen Bericht vorzulegen. Es ist so, dass sich die ASP-Massnahmen natürlich vollumfänglich auf den Voranschlag und den Aufgaben- und Finanzplan auswirken. Somit hätte es wenig Sinn gemacht, zweimal oder dreimal Berichte zu schreiben. Die Finanzkommission hat die Übungsanlage der Regierung als machbaren und gangbaren Weg empfunden. Es ist so, dass die hundertprozentige Leistung bei einer unterdurchschnittlichen Wirtschaftskraft und einer überdurchschnittlichen Steuerbelastung dazu geführt hat, dass die Regierung mit der Leistung auf 92 Prozent herunterfahren wollte. Diesen Weg erachtete die FIKO als gangbar und hielt sich in ihrem politischen Prozess grossmehrheitlich daran. Die politische Einschätzung der Massnahmen der Regierung hat einzelne abweichende Erkenntnisse in der FIKO gebracht. Somit hat der Prozess bewirkt, dass man versuchte, diejenigen Massnahmen, die man herausgebrochen hatte, wieder zu kompensieren. Denn das oberste Ziel der FIKO war ebenfalls das ausgeglichene Budget. Grundsätzlich wurden die Massnahmen, die aus Topf 1 herausgebrochen wurden, mit Massnahmen aus Topf 2 kompensiert. Die Argumentarien, weshalb die Regierung einen Topf 2 gemacht hat, waren der FIKO bekannt. Im Zuge der kurzen Fristen, welche auch die FIKO hatte, um ihren Prozess abzuschliessen, wurden jedoch nicht alle Massnahmen bis ins Detail abgeklärt. Es war aber nach politischer Einschätzung in der FIKO so, dass sie eine Verschiebung von Topf 2 in Topf 1 als machbaren und gangbaren Weg erachtete. Es waren in der FIKO fast immer Mehrheitsentscheide, die zu diesen Massnahmen führten.

Ich komme zum Fazit: Der ASP-Bericht der Regierung und ihre Massnahmen haben einen Erfolg gebracht. Der Voranschlag war ausgeglichen, der Aufgaben- und Finanzplan wurde massiv verbessert. Die Einsparungen, welche die Regierung vorgeschlagen und die FIKO leicht korrigiert hat, sind einschneidend. Es ist uns völlig bewusst, dass all diese Massnahmen Leute und Organisationen im Kanton Bern treffen werden. Wenn man aber ein strukturelles Defizit hat, ist es nicht möglich, andere Massnahmen zu treffen. Mit dem vorliegenden Bericht ist die ASP nicht abgeschlossen, sie muss weitergeführt werden. Es kann nicht sein, dass man jetzt die Hände in den Schoss legt und sagt, von jetzt an gehe es wieder nur noch aufwärts. Der Aufgaben- und Finanzplan ist weiterhin nicht ausgeglichen. Eine Hochrechnung von 2013 zeigt ebenfalls ein weiteres Defizit in der Laufenden Rechnung. Somit ist der Kanton Bern nach wie vor gefordert, die Aufgaben und Strukturen zu hinterfragen und zu prüfen, wo weitere Einsparungen gemacht werden können. Ich bitte Sie, am Schluss der Debatte den ASP-Bericht der Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

Mathias Tromp, Bern (BDP), Sprecher der Finanzkommission. Bevor wir nun in den nächsten vier bis fünf Tagen über rund hundert Einzelpositionen und Massnahmen diskutieren, scheint es mir richtig, noch einmal kurz die wichtigsten Eckwerte zusammen zu besprechen. Dazu sieben Punkte. Punkt eins, der Antrag des Regierungsrats. Das Budget 2014, das uns die Regierung vorlegt, und der Finanzplan können sich eigentlich sehen lassen: 2014 zeigt ein Plus von 6 Mio. Franken, 2015 ein Plus von 17 Mio. Franken, 2016 eine solches 20 Mio. Franken und 2017 eines von 5 Mio. Franken. Darin sind beispielsweise sogar die Bildung einer Aufwertungsreserve für HRM2 oder die Kürzung von Steuerabzügen enthalten – darauf werde ich noch zu sprechen kommen –, sowie Abschreibung des Defizits – auch darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Ebenfalls enthalten ist eine Reduktion des Lohnsummenwachstums, allerdings verblieb eine jährliche Zunahme von 1,5 Prozent im Budget. Der Präsident der FIKO hat Ihnen gesagt, dass sich die Regierung an eine klare Richtlinie gehalten hat. Damit hat sie Verbesserungen erreicht. Das sind so genannte Ausgabenkürzungen, aber auch Einnahmenerhöhungen. Diese Zahlen möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen: 2014 sind es 231 Mio. Franken; 2015 sind es 343 Mio. Franken; 2016 sind es 453 Mio. Franken und 2017 sind es 491 Mio. Franken. Alle diese Zahlen finden Sie im Bericht der FIKO. Sie sehen also, es geht darum, in den nächsten vier Jahren bis zu einer halben Milliarde einzusparen. Zu Punkt eins kann ich damit festhalten: Die Regierung hat den Auftrag eigentlich erfüllt. Deshalb ist es verständlich, dass sie den Rat bittet, ihr Paket nicht auszupacken.

Punkt zwei, FIKO: Die FIKO musste das Paket auspacken, das ist ihre Pflicht. Wie es ihr Präsident vorhin antönte, hatte sie gemeinsam und in dem Sinn fast einstimmig das Gefühl, das Paket gehe einseitig zulasten der Behinderten, der Kranken und der Alten. Aus diesem Grund hat sie Massnahmenkorrekturen in der Grössenordnung von 30 bis 35 Mio. Franken vorgesehen. Diesen Posten, mit dem wir als FIKO Korrekturen im Budget von 30 bis 35 Mio. Franken vorgeschlagen haben, diskutieren wir. Wie auch der Präsident sagte, schauten wir zum Teil primär auf Topf 2. Gewisse Leute sagten, das sei der Giftschränk, den man nicht anschauen dürfe. Auf der anderen Seite stellte die FIKO fest, dass in Topf 2 auch Massnahmen sind, über die man durchaus diskutieren kann. Es

ist ihr jedoch nicht ganz gelungen. Deshalb sind es am einen oder anderen Ort reine Sparmassnahmen enthalten. Wenn ich heute Ihre Anträge betrachte, hat es noch viele Sparmassnahmen darin, und eigentlich wenige Aufgabenreduktionen oder Strukturanpassungen. Wir werden sehen, was herauskommt. Auf jeden Fall lautet der Antrag der FIKO auch noch auf eine schwarze Null; nämlich auf ein Plus von 1 Mio. Franken. Damit könnte ich nun auch sagen: Schnürt bitte das Paket der FIKO nicht auf!

Punkt drei, Defizit 2012. Dieses Defizit hat klar die Schuldenbremse verletzt, und zwar um 196 Mio. Franken. Im Rahmen des Geschäftsberichts 2012 hätte der Grosse Rat entscheiden sollen. Er hat es auf heute vertagt, und heute müssen wir entscheiden. Es stellte sich die Frage, wie man es aufteilt. Wenn wir nichts beschliessen, müssten wir alles im Budget 2014 berücksichtigen. Das ist jenseits von Gut und Böse. Dieses Geld haben wir gar nicht. Aus diesem Grund muss man es auf vier Jahre aufteilen. Ich bitte Sie, dem entsprechenden Antrag zuzustimmen. Dazu ist ein qualifiziertes Mehr von 96 Stimmen erforderlich. Ich muss noch anfügen, dass nun zum ersten Mal die Schuldenbremse in der Laufenden Rechnung angewendet wird. Bisher hatte man sie nicht anwenden müssen. Es ergaben sich natürlich diverse Detailfragen. Das hat sogar dazu geführt, dass die FIKO ein Kurzgutachten verlangt hat, das dazu Stellung nahm. Matchentscheidend ist Folgendes: Erstens muss der Grosse Rat den Grundsatzentscheid fällen. Zweitens nehmen wir von den Tranchen im Rahmen des Budgets nur Kenntnis. Die eigentliche Umsetzung ist Sache der Regierung. Entscheidend ist, dass spätestens im Geschäftsbericht 2017 das Defizit 2012 abgedeckt ist. Das ist ein Muss. Die Regierung plant derzeit folgende Abtragung dieses Defizits: im nächsten Jahr nur 10 Mio. Franken; 2015 sind es 30 Mio. Franken; 2016 sind es 80 Mio. Franken und 2017 sind es noch 76 Mio. Franken. Es ist eine etwas ungleiche Verteilung. Das wissen wir, der FIKO erschien das jedoch verantwortbar, weil die ASP-Massnahmen erst zu greifen anfangen und in den nächsten Jahren durchaus mehr kommt.

Punkt vier, Verletzung der Schuldenbremse in der Investitionsrechnung 2012. Leider hat praktisch niemand bemerkt, dass auch die Schuldenbremse in der Investitionsrechnung 2012 um 198 Mio. Franken verletzt worden ist. Deshalb erwähne ich es jetzt. Es liegt heute kein Antrag vor, weder von der Regierung noch von der FIKO. Dies ganz einfach, weil nach Artikel 101b Absatz 3 der Kantonsverfassung auch diese Verletzung innerhalb von vier Jahren gutzumachen ist, wenn kein Antrag gestellt wird. Wir hätten theoretisch die Möglichkeit, das auf acht Jahre auszudehnen, es liegt jedoch kein Antrag vor und es macht auch keinen Sinn. Die FIKO ist der Meinung, dass man die Abtragung dieses Investitionsfehlbetrags ebenfalls auf vier Jahre verteilen sollte und dass man das machen kann. Bezogen auf den Selbstfinanzierungsgrad heisst das Folgendes: 2014 ist er mit 105 Prozent noch positiv, gemäss Planung ist er aber 2015–2017 bereits bei 91–99 Prozent, je nach Jahr. Der FIKO scheint es also nachvollziehbar, heute keinen Antrag zu stellen und damit die Abtragung automatisch auf vier Jahre zu verteilen. Die FIKO verzichtet auf einen Antrag, aber – und das sage ich jetzt schon als Voranzeige – deshalb kommt der Antrag, bei den Investitionen um 30 Mio. Franken zu kürzen. Diese Kürzung um 30 Mio. Franken ist vor allem aus finanzpolitischen Gründen vorzusehen.

Punkt fünf, die Steuern. Die Regierung beantragt keine Erhöhung der Steueranlage, auch keine befristete. Die Mehrheit der FIKO schliesst sich dem an. Ein solcher Antrag hätte aufgrund der Voten und Abstimmungen sowie der Mehrheiten hier im Rat auch überhaupt keine Chance. Eine Änderung der Steueranlage würde 81 Stimmen erfordern. Die FIKO hat dagegen den Wegfall des pauschalen Berufskostenabzugs akzeptiert. 2014, das heisst ab sofort, steht man dank dem Verzicht auf den pauschalen Berufskostenabzug 41 Mio. Franken besser da. Da von keiner Seite ein Antrag vorliegt, gehe ich schon fast davon aus, dass der Rat ihn stillschweigend genehmigen will. Die FIKO ebenfalls über den Fahrkostenabzug diskutiert, der heute bekanntlich noch ein Thema sein wird. Ab 2016 würde der Fahrkostenabzug auf 3000 Franken plafoniert; das wären Mehreinnahmen von 54 Mio. Franken. Ich verzichte darauf, im Detail darauf einzugehen, weil er in Block 3 zur Diskussion stehen wird. Punkt sechs, RESKO-Schlüssel. Immer wenn es ums Sparen geht, ruft man nach dem RESKO-Schlüssel, der seit Jahren bekannt ist. Die FIKO hat ausdrücklich beschlossen, dass sie den RESKO-Schlüssel in dieser Übung nicht anwenden will. Deshalb gibt es keinen Antrag der FIKO zum RESKO-Schlüssel. Sie hat jedoch aufgrund eines Antrags, der vorliegt, festgestellt, dass die paar letzten, wenigen Millionen maximal noch so verteilt werden könnten, wenn das Budget minimal verletzt würde. Aber der RESKO-Schlüssel ist nicht mehr geeignet, um grössere Fehlbeträge wegzuputzen. Weshalb dies? Er wurde früher erfolgreich angewendet, ist jetzt aber ausgereizt und erschöpft und trifft immer dieselben, und das kann nicht sein. Ich wiederhole deshalb: Grundsätzlich sind wir gegen eine Wiederanwendung des RESKO-Schlüssels.

Ich komme zu Punkt sieben, einer fast schon persönlichen Bemerkung: In vielen Sitzungen hat die FIKO die Anträge der Regierung geprüft. Wir haben eigene Anträge gestellt, und haben in den letzten Tagen und Stunden auch neue Anträge beurteilt, soweit das überhaupt möglich war. Ich wiederhole: Die Korrekturen für Behinderte, Kranke und Alte scheinen uns gerechtfertigt zu sein. Deshalb suchten wir nach Kompensationsmöglichkeiten. Ich weiss, dass nun eine Unmenge von Anträgen vorliegt. Wie der Ratspräsident rufe ich auch von meiner Seite dazu auf, eine faire, gute Diskussion zu führen. Ich bitte Sie, eines zu berücksichtigen: Denken Sie ein wenig an die Gesamtzahlen, die ich Ihnen vorgelesen habe, und nicht nur an die paar hunderttausend Franken, die in Bereichen, die Ihnen nahe sind, zur Diskussion stehen. Behalten Sie das Ziel im Auge, ein positives Budget zu haben, wenn wir in vier oder fünf Tagen fertig sind, damit wir weiterarbeiten können. Wenn wir dann kein positives Budget haben, ist ein qualifiziertes Mehr von 96 Stimmen erforderlich; ob wir das erreichen würden, ist fraglich. Wenn wir gar kein Budget haben, wird gebremst. Es wird wohl nicht gerade so sein wie in Amerika, ich will nun nicht das schlimmste Bild malen, aber ich sage Ihnen eines: Wir sind dankbar, wenn Sie mithelfen, dass wir am Schluss ein positives Budget erreichen. Ich wünsche eine gute Diskussion und stehe Ihnen zur Verfügung.

Monika Gyga-Böniger, Obersteckholz (BDP), Präsidentin der Justizkommission. Zum dritten Mal vertritt die Justiz ihren Voranschlag und den Aufgaben- und Finanzplan selbstständig vor dem Grossen Rat. Das finanzielle Ungleichgewicht des Kantons Bern hinterlässt selbstverständlich auch bei der Justiz Spuren. Der Voranschlag 2014 wurde denn auch mit Blick auf die ASP erstellt, und die vom Regierungsrat empfohlene Einsparung von 5 Mio. Franken zur Entlastung des strukturellen Defizits hat die Justiz entsprechend übernommen und berücksichtigt. Die JUKO attestiert der Justiz, dass sie, wie in den Vorjahren aufgezeigt und bewiesen, eine realistische Budgetierung anstrebt und gewillt ist, ihren Teil zu den gesunden Kantonsfinanzen beizusteuern. Wenn der Voranschlag 2014 gegenüber dem Finanzplan 2014 verschlechtert ausgewiesen wird und auch gegenüber dem Voranschlag 2013 eine Erhöhung aufweist, sind dafür nach Abklärungen und nach Auskünften der Justizleitung verschiedene Gründe verantwortlich; Gründe auch, welche die Justiz nicht abschliessend allein beeinflussen kann und welche die Steuerung schwierig machen, wenn nicht teilweise sogar verunmöglichen. Es liegt nicht allein in den Händen der Justiz, sie zu bearbeiten. Ich verzichte darauf, die Zahlen zu wiederholen. Sie haben den Bericht erhalten; Sie konnten ihn lesen und die Fakten studieren.

Die Justizkommission stellt unter anderem fest, dass die grössten Ausgabenpositionen die Justiz, aber auch die JUKO nicht nur heute, sondern gewiss auch noch in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Erwähnen möchte ich speziell die Informatik, darin enthalten zusätzlich die Übernahme und der Transfer des Informatikmanagement von der JGK zur Justiz. Die zusätzlichen Abschreibungen und damit nicht einbringliche Aufwendungen resultieren insbesondere aus dem Bereich der unentgeltlichen Prozessführungen. Die Zahl der Fälle, welche die Prozesskosten nicht zahlen oder bei denen sie auch nicht eingetrieben werden können, nimmt nicht unwesentlich zu. Ebenso nehmen die internen Verrechnungen zu, das heisst Vergütungen an Anstalten für Untersuchungs- und Haftkosten. Die JUKO stellt seit Längerem fest, dass das Instrument der internen Verrechnungen die Justiz vor immer grössere Probleme stellt. Die internen Verrechnungen sind eine Folge von NEF und sollten eigentlich die Kosten- und die Leistungstransparenz, aber auch den wirtschaftlichen Umgang mit den Ressourcen innerhalb der Verwaltung fördern. Fakt ist jedoch, dass die internen Geldtransaktionen lediglich zu einem administrativen Leerlauf führen, weil die Rechnungstellung zwischen den Verwaltungseinheiten der Justiz eigentlich nur dann sinnvoll wäre, wenn die Justiz diese Kosten nach dem Verursacherprinzip auch weiterverrechnen könnte. Nur in den wenigsten Fällen können Untersuchungs- und Haftkosten zurückgefordert werden. Fordern kann die Justiz zwar, aber zahlen können die Klienten in der Regel nicht.

Die Prognosen für die kommenden Jahre lassen erahnen, dass auch der Justiz – nebst dem Kanton als Ganzes – in Zukunft grosse Herausforderungen bevorstehen werden: einerseits ihrem verfassungs- und gesetzmässigen Auftrag auch in Zukunft nachzukommen und andererseits die Sparsbemühungen des Kantons mitzutragen. Die Justizkommission bedankt sich bei der Justizleitung, bei den Gerichtsbehörden und bei der Staatsanwaltschaft für die offene und transparente Zusammenarbeit. Gemeinsam können wir festhalten, dass sich die Justiz als Teil des gesamtkantonalen Finanzhaushalts versteht und damit bereit und gewillt ist, ihren Beitrag zu einem ausgeglichenen Budget zu leisten.

Blaise Kropf, Bern (Grüne). Daran besteht wohl kein Zweifel: Der Kanton Bern steht vor der schwierigsten Haushaltsdebatte seit Jahren. Ein Leistungsabbaupaket in der Grössenordnung der Angebots- und Strukturüberprüfung hat es noch nie gegeben. Ich möchte einen kleinen Vergleichswert herbeiziehen: Die ähnlich ambitionierte strategische Aufgabenüberprüfung SAR im Jahr 2002 führte im ersten Jahr zu Einsparungen von 141 Mio. Franken und im zweiten Jahr von 240 Mio. Franken. Vergleicht man die Werte von SAR und ASP, erkennt man auf den ersten Blick, dass wir uns heute fast in der doppelten Grössenordnung bewegen. Es gibt allerdings einen sehr grossen Unterschied zwischen dem Jahr 2002 und dem Jahr 2013: Im Jahr 2002 hatte der Kanton Bern eine Schuldenquote von 27 Prozent – mehr als 10 Mrd. Franken Bruttoverschuldung. Heute sind es gerade mal noch 13 Prozent, also eine gewaltige Verbesserung der Finanzlage dieses Kantons. Welches sind die Ursachen der schwierigen Haushaltssituation, die wir heute antreffen? Trotz des Artikels heute in der «Berner Zeitung» ist es richtig, noch einmal das Wachstum der Steuererträge genauer zu betrachten. Ich habe etwas andere Zahlen als die, welche Herr Schäfer heute in der «Berner Zeitung» präsentiert hat. Betrachten wir die Steuererträge zwischen dem Jahr 2007 und dem Jahr 2013 – das sind die aktuellsten verfügbaren Zahlen –, dann stellen wir fest, dass die Steuererträge innerhalb dieser Periode vollumfänglich stagniert haben. Es gab ein «Wachstum» von lächerlichen 200 000 Franken bei den Steuererträgen zwischen dem Jahr 2007 und der Hochrechnung 2013. Peter Brand wird nachher sicher sagen, man solle nicht Äpfel mit Birnen und Rechnungen mit Hochrechnungen vergleichen. Ich mache das prophylaktisch gerne einmal. Auch wenn man Rechnung mit Rechnung vergleicht – die Rechnung des Jahres 2007 mit der des Jahres 2012 –, stellen wir fest, dass wir ein äusserst bescheidenes Wachstum der Steuererträge haben: 2,3 Prozent. Kolleginnen und Kollegen, das Wachstum zwischen dem Jahr 2007 und dem Jahr 2013 sowieso, aber auch 2012 ist ausserordentlich tief. Zum Vergleich: In derselben Zeitperiode wuchs das Volkseinkommen im Kanton Bern um mehr als 10 Prozent. 2 Prozent bei den Steuern, 10 Prozent beim Volkseinkommen. Da kann man eine ganz einfache Ableitung machen: Wären die Steuererträge in dieser Zeitperiode im selben Ausmass gestiegen, parallel zum Wirtschaftswachstum, lägen unsere Steuererträge heute mehr als 350 Mio. Franken pro Jahr höher. Die Sparfrage würde sich in einem massiv reduzierten Mass stellen, wenn überhaupt. Und – das ist angesichts des Gesagten eigentlich eine Selbstverständlichkeit, ich möchte es trotzdem noch einmal betonen – die Steuerquote im Kanton Bern, die Steuerbelastung im Verhältnis zum Volkseinkommen, lag seit 2003 noch nie so tief wie im Jahr 2012. Das ist doch ein wesentlicher Anteil, für den die rot-grüne Kantonsregierung die politische Verantwortung getragen hat.

Wieso diese massive Diskrepanz zwischen Wachstum der Steuererträge und Wirtschaftswachstum? Die Hauptursache liegt auf der Hand: Der Kanton Bern hat in den vergangenen vier Jahren Steuersenkungen von rund 320 Mio. Franken pro Jahr vorgenommen. 203 Mio. Franken jährlich durch die Steuergesetzrevision 2010; 100 Mio. Franken Motorfahrzeugsteuer, 13 Mio. Franken durch den Gegenvorschlag zur Steuerinitiative. Ich glaube, hier wäre es nun definitiv an der Zeit, dass die bürgerlichen Parteien, welche diese Steuersenkungen in diesem Parlament durchgesetzt haben, die verursacht haben, dass man darüber abstimmen musste, zu ihrer politischen Verantwortung stehen würden. Peter Brand, du musst nicht lachen, du kannst das nachher hier vorn gerne offen deklarieren. Eine zweite Ursache sind die konjunkturell bedingten steuerlichen Mindereinnahmen. In der Vergangenheit mussten Jahr für Jahr die Steuerertragsprognosen nach unten korrigiert werden. Der Anteil, der auf die konjunkturellen Effekte zurückzuführen ist, ist nicht wahnsinnig schlimm. Das wird sich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung parallel zur wirtschaftlichen Erholung auch wieder korrigieren und einstellen. Problematisch ist allerdings, dass die Schuldenbremse im Kanton Bern solche konjunkturell verursachten Defizite gleich hart sanktioniert wie strukturell verursachte Defizite. Das muss man hier auch offenlegen. Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, da brauche es dringend Korrekturen. Sie hat deshalb einen Vorstoss dazu eingereicht. Wenn demagogische Scharfmacher bürgerlicher Parteien die Bevölkerung nun mit zynischen Post-it-Inseraten glauben machen wollen, die Ursache der Verschuldung sei ebenso wie die Verantwortung für den unsozialen Leistungsabbau bei den rot-grünen Parteien zu finden, liegen sie damit falsch. Verursacht wurden die Defizite durch die gescheiterte bürgerliche Steuersenkungspolitik. Angesichts der Zahlen, die auf dem Tisch liegen, minus 320 Mio. Franken Steuereinnahmen in den letzten Jahren, braucht es ziemlich viel Fantasie, um etwas anderes zu behaupten. Wir sind überzeugt, dass es richtig wäre, noch einmal die wirtschaftlichen Parameter zu konsultieren, bevor wir in die Abbaudebatte starten. Sie sind ganz wesentlich für die Entwicklung eines Finanzhaushalts. Dazu möchte ich darauf hinweisen, dass das SECO seine Konjunkturprognose zwischen Juni und September 2013 für das laufende Jahr um 0,4 Prozent und für das Jahr 2014 um 0,2 Prozent nach

oben korrigiert hat. Das bedeutet mehr Wachstum und mehr Steuererträge, und das führt uns auch dazu, festzuhalten, dass die Zahlen, die dem Voranschlag und im Aufgaben- und Finanzplan zugrunde liegen, deutlich zu negativ sind. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.)*

Aus diesen Überlegungen werden die Grünen einen wesentlichen Teil der Leistungsabbaumassnahmen nicht mittragen können. Wir sind überzeugt, dass eine Phase eines temporären Defizits und einer temporären Neuverschuldung finanzpolitisch nicht nur tragbar, sondern ein Akt der volkswirtschaftlichen Vernunft ist.

Roland Näf-Piera, Muri (SP). Mein Vorredner hat die Faktenlage dargestellt. Ich möchte mich stärker auf die Bevölkerung konzentrieren, auf die Menschen im Kanton Bern, die von dem betroffen sind, was wir in dieser Debatte diskutieren werden. Wir haben alle etwas erlebt, das wohl einmalig ist: Lobbyarbeit sind wir zwar gewohnt, wir haben aber enorm viele persönliche Briefe erhalten. Leute, die persönlich betroffen sind, werden erst realisieren, was wir hier beschliessen, wenn sie beispielsweise feststellen, dass die Krankenkassenprämienverbilligung nicht mehr kommt, oder Lehrerinnen und Lehrer, beispielsweise von der Oeschberg-Schule, wenn sie die Kündigung in der Hand haben. Erst in dem Moment werden viele Leute in diesem Kanton merken, worum es hier geht. Wir haben eine ganz neue Dimension. Bisher haben wir immer vom Sparen gesprochen. Jetzt geht es nicht mehr ums Sparen, sondern um Leistungsabbau. Die Finanzdirektorin hat gesagt, das Sparen werde wehtun, es gehe ans Lebendige. Mit Lebendigen sind offenbar gemeint: Behinderte, Kranke, ältere Leute, Kinder in kleinen Klassen, BerufsschülerInnen. Ich glaube, von uns wird heute und in den folgenden Tagen mehr verlangt, als mit dem Taschenrechner zu schauen, ob es am Schluss aufgeht. Wir müssen uns hineinversetzen in die Menschen: 90-Jährige, die allein sind, und die Spitex kommt nicht mehr. Psychisch kranke Menschen, die im Zimmer bleiben und zum Teil länger angebunden werden müssen. Behinderte Erwachsene, die nicht mehr in Werkstätten arbeiten können, weil die Betreuung fehlt. Wir werden in der Pflege und in der Betreuung weniger Leistungen haben. Ich möchte uns in diesem Saal fragen: Wer von uns ist bereit einzuspringen und beispielsweise die Pflege der Grosseltern zu übernehmen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kollegen: Das sind nicht wir Männer; es werden vor allem die Frauen im Kanton Bern sein, die den Preis für diese Sparmassnahmen zahlen werden. Es sind die Frauen, die jeweils ihre Grosseltern pflegen, wenn die Spitex nicht mehr funktioniert.

Ich komme zur grössten Frage. Wenn man die Zeitungen liest, heisst es immer: Wer ist letztlich eigentlich schuld? Mit eurem Inserat seid ihr selbst auf die Schuldfrage eingegangen. Am 13. Januar 2010 hat einer der rechten Scharfmacher gegenüber dem «Bund» gesagt: «Man muss dem Staat das Geld wegnehmen.» Das ist das Programm der politischen Mehrheit SVP, BDP und FDP in diesem Kanton. Und ihr habt euer Ziel erreicht. Es fehlen 400 Mio. Franken; das sind ziemlich genau die Steuersenkungen seit 2008. Die Bernerinnen und Berner haben nur noch 92 Prozent der Leistungen zugute, welche Schweizerinnen und Schweizer in anderen Kantonen haben werden: weniger Pflege, schlechtere Betreuung für Behinderte, weniger Spitex und so weiter. Die Frage ist nun: Reicht denn das noch nicht? An der Delegiertenversammlung der Berner KMU tönte es folgendermassen: Die Finanzdirektorin sagte dort, sie wolle weiterfahren mit Steuersenkungen, längerfristig müsse man die Unternehmenssteuer halbieren. Und in Bezug auf den Leistungsabbau, den wir diskutieren, sagte sie: «Von mir aus hätte man weiter gehen können.» Der SVP-Regierungsrat Neuhaus war überzeugt, dass eine bürgerliche Mehrheit weiter gegangen wäre als eine links-grüne Mehrheit. Das seine Worte. Nun haben die Bürgerlichen eine Motion eingereicht und damit noch eins draufgesetzt: Das seien «noch keine echten Sparmassnahmen». Das ist ein Zitat. Sagt das doch den Behinderten. Sagt den Leuten, die Spitex benötigen, das seien noch keine echten Sparmassnahmen, man müsse noch eins draufsetzen. Sie haben geschrieben, es müsse noch weitergehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der bürgerlichen Seite, stellt euch vor die Leute, die Spitex benötigen, und sagt ihnen, euch seien tiefe Steuern wichtiger als Spitex. Geht zu den psychisch Kranken in UPD und PZM und sagt ihnen, euch seien tiefe Steuern wichtiger als eine anständige Betreuung. Geht zu den Lehrpersonen an der Oeschberg-Schule und zu den Leuten in den Lehrwerkstätten und sagt ihnen, tiefe Steuern seien euch wichtiger, als dass in den Berufsschulen ein guter Job gemacht werden könne.

Nun möchte ich doch noch ein paar Worte zum Regierungsrat sagen. Der Regierungsrat hat das umgesetzt, was hier im Rat verlangt wurde; ein ausgeglichenes Budget. Im ersten Moment hatte er nur eine Alternative: entweder das umzusetzen oder zurückzutreten. Zum Glück ist er nicht zurückgetreten, sonst wäre genau das zum Tragen gekommen, was ich vorhin erwähnt habe, das, was

offenbar die bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten machen wollen: noch eins draufsetzen bei den Sparmassnahmen und bei den Steuersenkungen. Gleichzeitig muss ich am Regierungsrat auch Kritik anbringen, und das wage ich auch als Parteipräsident der SP. Es hätte eine weitere Alternative gegeben. Das ist ein Internum, das ich hier zu äussern wage: Wir haben unsere Regierungsglieder bereits im Februar darauf aufmerksam gemacht, dass man von Anfang an auf die Steuersenkungen hätte zurückkommen müssen, statt, was nicht akzeptabel ist, solche Massnahmen zu präsentieren. Die andere Möglichkeit sind die Sparmassnahmen. Damit hätten wir die Wahl gehabt, und ihr hättet von Anfang an Farbe bekennen müssen. Das war ein Fehler, und dafür kritisiere ich die rot-grüne Regierungsmehrheit. Der Grosse Rat hätte nun die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten gehabt. Fazit für mich in Sachen Schuldfrage: Ihr wollt dem Staat das Geld wegnehmen, ihr habt euer Ziel erreicht, doch nun müsst ihr es ausbaden. Steht bitte ehrlich dazu und hört auf mit solchen Inseraten.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Das war ein flammendes Votum von Roland Näf. Ich möchte an den Rat appellieren, dass wir so ganz sicher nicht weiterkommen. Das war ein reines Wahlkampf-Pamphlet. Wir müssen diese Blockaden auflösen, die Dinge sachlich diskutieren und einen Weg vorwärts finden. Es ist unbestritten, dass der Kanton vor massiven Sparanstrengungen steht. Es ist vermutlich das grösste Fitnessprogramm, das dem Kanton in seiner Geschichte jemals aufoktroiert wurde. Die Sparanstrengungen gehen nicht mehr am Volk vorbei. Das haben wir gemerkt. Das Volk reagiert, wir haben Petitionen erhalten, stille Proteste, aber auch positive Signale, indem die Leute anfangen mitzudenken und Lösungen anboten. Wir haben ein strukturelles Defizit von 450 Mio. Franken. Das schleckt keine Kuh weg. Das müssen wir angehen, und zwar gemeinsam. Es handelt sich beim Voranschlag 2014 auch nicht um eine Blitzdiät. Unser Fitnessprogramm wird weitergehen, wie werden weiterhin Sparanstrengungen machen müssen. Wir müssen unserer Strukturen und Aufgaben überprüfen und müssen schauen, was wir mit dem Geld, das wir erhalten, bezahlen können.

Ich möchte noch auf einige Eckdaten hinweisen: Wir müssen nicht nur das Defizit, das wir 2012 eingefahren haben, herunterfahren. Nein, wir haben im Oktober auch die Hiobsbotschaft erhalten, dass wir vermutlich in diesem Jahr noch einmal ein Defizit von mehr als 100 Mio. Franken einfahren werden. Denn 2012 hatten wir, wie Mathias Tromp erwähnt hat, einen negativen Finanzierungssaldo, den es ebenfalls im Auge zu behalten gilt. Alles in allem sind die Aussichten also relativ trüb. Ich möchte meinen Dank an die Regierung aussprechen. Sie hat versucht, den Dauerspogat, in dem wir uns befinden, zwischen durchschnittlichen Leistungen, einem Ausgabenniveau von 100 Prozent und einer zu geringen Wirtschaftskraft – nämlich nur 85 Prozent – aufzulösen. Die Regierung hat versucht, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Sie hat nicht mehr mit dem RESKO-Schlüssel, mit dem Rasenmäher über alle Direktionen hinweggemäht, sondern ging unter dem Aspekt von Aufgaben- und Strukturüberprüfung gezielt vor. Sie hat die Erkenntnisse im Voranschlag und im Aufgaben- und Finanzplan eingebaut und kam so zu einer schwarzen Null. Dafür danke ich der Regierung.

Die glp-CVP-Fraktion hat die Sparanträge ganz minutiös geprüft und hat sich Grundsätze gesetzt, wie sie vorgehen will. Die Sparanträge müssen realistisch sein, sie müssen umsetzbar und vor allem nachhaltig sein. Sie müssen eine strukturbereinigende Wirkung haben und es darf kein Verschieben von einem Portemonnaie ins andere sein. Das wären keine echten Sparanträge. Wir dürfen uns aber auch nicht zu Tode sparen. Wir dürfen beim einzigen Gut, das wir haben, der Bildung, keinen Kahlschlag machen. Auch diesen Aspekt haben wir immer wieder angeschaut. Zusätzlich hatte die glp-CVP-Fraktion auch keine Scheuklappen und prüfte Strukturen, die von der Regierung explizit ausgenommen wurden. Wir haben auch gesehen, dass die Kirchen in den letzten Jahren relativ viel Fett angesetzt haben. Wir hatten das Gefühl, dass aus einer gewissen Opfersymmetrie heraus auch die Kirchen ihren Beitrag leisten müssen; immerhin sind sie Teil des Staats. Zu den entsprechenden Motionen kommen wir noch. Ich kann für die Kirchen nur sagen: mitgegangen, mitgegangen. Die glp-CVP-Fraktion steht grundsätzlich hinter der ASP-Methodik und unterstützt mehrheitlich die FIKO-Anträge. Aber ich möchte noch einmal betonen: In der Bildung, der einzigen Ressource, die wir im Kanton haben, dürfen wir keinen Kahlschlag betreiben. Wir wollen keine Verschiebung von einem Portemonnaie in ein anderes. Wir wollen nicht, dass Leute plötzlich in die Sozialhilfe geraten, die sich vorher knapp halten über Wasser halten können. Das sind keine Sparanträge.

Fazit: Die glp-CVP-Fraktion hat nicht das Ziel, auf Teufel komm raus eine schwarze Null zu erreichen. Wir haben das Gefühl, der Voranschlag sei keine exakte Wissenschaft. Seien wir ehrlich: Bei

einem Zehn-Milliarden-Budget sind ein paar Millionen Defizit im absoluten Unschärfbereich. Wir müssen uns nicht päpstlicher geben als der Papst. Wir können das gar nicht voraussehen. Versuchen wir also, die Sparanträge möglichst mit Augenmass zu machen. Wir wollen ein wirkliches Fitnessprogramm und keine Pflästerlipolitik. Wir wollen keine Blitzdiät mit Jo-Jo-Effekt. Ich hoffe, dass Sie alle mithelfen, den Kanton aus dem Dauerspagnet herauszumanövrieren, und nicht in einer Blockade verharren, sondern sachliche Sparanträge machen.

Alfred Schneiter, Thierachern (EDU). Ich glaube, wir sind uns einig, dass unser Kanton Bern finanzmässig nicht so gut auf Kurs ist. Es könnte ein Unglück geben, wenn wir auf diesem Kurs weitergehen. Aus dieser Erkenntnis heraus gaben wir der Regierung den Auftrag zur ASP. Der Auftrag wurde ausgeführt, und inzwischen haben wohl alle gemerkt, dass das mit enormem Aufwand und einer Riesenarbeit verbunden ist. Einerseits für die Regierung und die Finanzkommission, andererseits aber auch für die Verwaltung und für uns alle. Ich möchte wirklich vor allem der Regierung, aber ebenso der Verwaltung und der FIKO auch im Namen der EDU-Fraktion herzlich danken. Meine Kollegen sagten mir, ich müsse das explizit erwähnen. Es wird genug kritisiert und kleingeredet, aber ich glaube, Dank sind wir einander immer wieder schuldig, schliesslich sind wir gemeinsam unterwegs. Ich möchte hier einige grundsätzliche Dinge zum Standpunkt der EDU-Fraktion sagen und nicht wieder all die Eckwerte erwähnen, die bereits genannt wurden und die wir vielleicht noch einige Male hören werden. Für uns ist die ASP im Moment vorwiegend eine Sparübung. Sie hat noch nicht sehr viel mit Überprüfen oder Verändern von Strukturen zu tun. Der Vergleich mit anderen Kantonen, der so genannte Benchmark, ist aus unserer Sicht sicher nicht schlecht: dass man sich mit Mitkonkurrenzen misst, damit man weiss, wo man steht. Wobei wir auch dort der Meinung sind, man müsse aufpassen, nicht die berühmten Birnen mit Äpfeln zu vergleichen.

Was wir ebenfalls nicht wollen, sind geschönte Zahlen, die im Moment ein gutes Bild abgeben, im Endeffekt aber nicht erreicht werden können. Was nützt ein schönes Budget, ein schwarzes Budget, wenn dabei das herauskommt, was wir in der Vergangenheit erlebt haben und was uns auch 2013 droht: ein erneutes Minus in der Laufenden Rechnung? Da müssen wir realistisch sein. Aus Sicht der Gemeinden, als Gemeinderat mit dem Ressort Finanzen, sage ich: Wir müssen auch an die Gemeinden denken. Wir stellen fest, dass landauf, landab Gemeinden durch den Finanz- und Lastenausgleich in finanzielle Nöte gerieten. Man muss die Steuern erhöhen oder je nachdem drohen Steuererhöhungen. Ich glaube, damit sind die meisten Gemeinden konfrontiert. Und die Gemeinden sind machtlos. Sie können nicht daran schrauben. Es liegt also am Kantonsparlament, auch daran zu denken, welche Auswirkungen es auf die Gemeinden hat. Man sollte den Gemeinden wieder einen gewissen Spielraum für ihre Finanzen geben. Für uns ist auch ganz klar, dass wir keine Steuererhöhung wollen. Vorhin wurde – ich glaube, von Blaise Kropf – gesagt, welche Steuererleichterungen und Steuerreduktionen wir vorgenommen haben. Ich erinnere aber daran, dass gerade die Senkung der Motorfahrzeugsteuern durch einen Privatmann lanciert und vom Volk angenommen wurde. Da muss man nicht sagen: «Das Parlament hat ...» Wir müssen sehr wohl auch hören und spüren, was das Volk meint. Letzthin sprach ich bei einem Brunch mit einem Sozialarbeiter, der mir erzählte, was sie noch alles machen könnten, wenn sie mehr Geld hätten. Ich sagte ihm, das sei gut und recht, es sehe aber im Moment im Kanton nicht so gut aus. Die Möglichkeit wäre eine Erhöhung der Steuern. Da sagte er spontan und ganz ehrlich: «Nein danke, das dann doch nicht.» Das ist die Reaktion, und vielleicht müssten wir einmal prüfen, ob bei dem Ganzen nicht manchmal auch ein wenig Egoismus dabei ist. Wir sind auch der Meinung, dass die ASP fortgesetzt werden muss, auch wenn einige schon wieder aufgeheult haben. Wir haben zwar gespart, doch nun müssen wir hinter die Strukturen. Es wurde bereits gesagt – ich glaube, vom FIKO-Präsidenten –, dass wir nicht darum herumkommen.

Ebenfalls ein Anliegen ist uns, hier eine sachliche, unaufgeregte Diskussion zu führen und einander zuzuhören sowie das Beste herauszusuchen. Das finde ich wichtig, und das hat vorhin auch Franziska Schöni gesagt. Die ganze Debatte ist letztlich auch eine Chance, dass wir das Finanzschiff «Kanton Bern» wieder auf guten Kurs bringen. Da haben wir auch eine Vorbildfunktion. Es will wohl niemand dorthin, wo Europa derzeit ist, und niemand will, dass es so läuft wie fast in der ganzen Welt: Man sitzt auf Schulden, von denen niemand weiss, wie sie zurückbezahlt werden sollen. Das wollen wir im Kanton Bern nicht, und auch die EDU-Fraktion möchte das nicht. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) Weitere Stellungnahmen folgen bei der Detailberatung und eine Würdigung der ASP am Schluss der Debatte.

Präsident. Bevor ich das Wort Herrn Freiburghaus für die SVP-Fraktion gebe, begrüsse ich die Schülerinnen und Schüler vom Oeschberg und von den Lehrwerkstätten mit ihren Lehrkräften hier im Rathaus. Herzlich willkommen. (*Applaus*)

Fritz Freiburghaus, Rosshäusern (SVP). Die Ausgangslage ist bekannt: Die Rechnung 2012 schliesst mit einem Defizit von 196 Mio. Franken ab. Für die nächsten Jahre zeichnet sich ein strukturelles Defizit von 450 Mio. Franken ab. Die Hochrechnung 2013 bestätigt diesen Trend. Aus diesem Grund hat bekanntlich der Regierungsrat die ASP in Auftrag gegeben. Er hat entschieden, nicht einfach nach dem RESKO-Schlüssel zu fahren. Vielmehr wurde ein neuer strategischer Ansatz gewählt. Mit diesem Vorgehen kann sich die SVP gut anfreunden. Wir haben im Gegenteil den Eindruck, diese Massnahme sei eigentlich überfällig gewesen. Für die SVP war von Anfang an klar, dass wir den Hebel auf der Ausgabenseite ansetzen müssen. Ich verweise auf die Ausgabensteigerungen, die in den letzten zwei Jahren – Rechnung 2010 bis 2012 – eingefahren wurden: 900 Mio. Franken. Man kann schon fast von einem Fass ohne Boden sprechen oder zumindest mit einem löchrigen Boden. Wir müssen also zuerst diese Löcher flicken, bevor wir nach Mehreinnahmen rufen. Unsere Erwartungen an den Regierungsrat waren klar: ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung. Tatsächlich gelang es dem Regierungsrat, unsere Erwartungen zu erfüllen und ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Das ist eine gute Leistung, und ich möchte an dieser Stelle dem Regierungsrat danken. Unerfreulich ist aus unserer Sicht, dass ein schöner Teil dieser Sparmassnahmen eben keine Sparmassnahmen sind, sondern Mehreinnahmen. Bei der Steuerbelastung müssen wir im Kanton Bern aufpassen. Schon jetzt haben wir im interkantonalen Vergleich eine Steuerbelastung von 117 Prozent. Das hat sich ebenfalls bei der ASP herausgestellt. Man kann zwar sagen, dass interessiere einen nicht, aber die Leute, die schauen, wo sie wohnen wollen, machen diesen Vergleich. Wenn wir die Schraube immer stärker anziehen, kommen vor allem die guten Steuerzahler nicht mehr in den Kanton Bern.

Noch ein Wort zu den Sparmassnahmen der Regierung in Topf 1: Gewisse Massnahmen sind aus unserer Sicht nicht sozial. Ich erinnere an Massnahmen im Spitex- und im Behindertenbereich. Man hat den Eindruck, die Regierung habe unten mit dem Sparen begonnen anstatt oben. Die Finanzkommission hat mit ihren Anträgen Korrekturen vorgenommen. Man kann auch sagen, die Finanzkommission mache die Vorschläge der rot-grünen Regierung einigermaßen sozialverträglich. Ich denke auch, die FIKO habe hier einen guten Job gemacht. Für uns ist es in der kommenden Debatte wichtig, dass jede Korrektur einer Sparmassnahme kompensiert werden muss. Auch mir ist klar, dass die Sparmassnahmen schmerzlich sein können und mit Abstrichen verbunden sind. Ebenso klar ist aber, dass wir nur diesen Weg gehen können. Wir müssen unsere Ausgaben in den Griff bekommen und dürfen nicht ständig nach neuen Einnahmen rufen. Aus diesem Grund ist die ASP nicht fertig und muss konsequent weitergeführt werden. Es muss in den Direktionen eine Daueraufgabe sein, interne Abläufe zu hinterfragen und zu optimieren. Mir ist aufgefallen, dass sich plötzlich etwas bewegt, wenn man den Sparhammer nur ein wenig hochhebt, und Sparmöglichkeiten vorhanden sind, obwohl man vorher gesagt hatte, es gehe gar nicht. Abschliessend hoffe ich, dass wir am Ende dieser Debatte ein ausgeglichenes Budget haben, und dies ohne Steuererhöhung.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Anstelle eines langen Exkurses über die Entstehung und die Problematik der Situation, in der wir nun stecken, möchte ich euch bitten, kurz gedanklich innezuhalten. Tage und Wochen hat man damit verbracht, Detailfragen zu wälzen. Fast verbissen sind Anträge und Gegenanträge eingereicht worden. Es wird Zeit, dass wir die ganze Sache wieder aus etwas Distanz betrachten. Ich möchte euch also bitten, kurz nachzudenken und euch zu fragen: Was tun wir hier eigentlich? Was ist unser Auftrag als Grossräte? Ich richte das an meine Vorredner, aber auch an meine Nachredner und an euch alle. Wir sind nicht hier, um Wahlkampf zu machen. Wir sind auch nicht hier, um ein Parteibüchlein zu vertreten. Wir sind auch nicht hier, um die Medien zu befriedigen. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir heute auch nicht hier sind, um unsere Wähler zu vertreten und um Klientelpolitik zu machen, sondern wir haben einen Auftrag an der ganzen Berner Gesellschaft, an der ganzen Berner Bevölkerung. Als Legislative des Kantons haben wir den Auftrag, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein gesundes, solidarisches, prosperierendes Zusammenleben in diesem Kanton möglich ist. Wenn wir dies vor Augen haben, führen wir unser Amt würdig aus und haben es auch verdient, wiedergewählt zu werden.

Also liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsvertretung: Welches Ziel verfolgen wir hier eigentlich? Was tun wir hier eigentlich? Die EVP hat bei der Veröffentlichung des ASP-Berichtes die geringe strategische Qualität bemängelt. Wir hätten mehr Weitsicht erwartet. Dass die strategischen

Ansätze einer nachhaltigen Finanzpolitik erst im Nachgang dieser Debatte im Laufe des nächsten Jahres erarbeitet werden sollen, ist schon fast ein Armutszeugnis. Aber wir wollen hier nicht allein die Regierung in die Pflicht nehmen. Egoistische Entscheide von Bevölkerungsgruppen haben ihren Teil dazu beigetragen. Und hier sind auch die Parteien und wir als Grossräte in der Pflicht. Ich bin überzeugt, dass gewisse Parteien die strategische Qualität bei der Beratung ihrer Klientel in Vergangenheit vermissen liessen. Die EVP hat ihre Strategie immer offen und klar verfolgt. Ich bin gerne bereit, Ihnen diese nochmals darzulegen. Sie beruht auf drei Merksätzen, welche eine Einheit bilden. Erstens wollen wir die Schwachen schützen. Zweitens wollen wir die Stärken des Kantons Bern erhalten. Drittens wollen wir keine neuen Schulden, und darum müssen wir etwas lernen; und zwar, zu verzichten. Mit diesen drei Prämissen steigt die EVP in die kommende Debatte: Wir wollen die Schwachen schützen, darum unterstützen wir die Anträge der FIKO, bei den Behinderten, bei der Spitex und in den Altersheimen den Hebel nicht so stark anzusetzen, wie es die Regierung gemacht hat. Wir wollen die Stärken des Kantons erhalten, darum setzen wir uns ein für eine vernünftige Bildungsstruktur und eine Berufsbildung, die dem KMU-Kanton gerecht wird. Wir bekämpfen schädliche Massnahmen, sind uns aber auch bewusst, dass das Budget diverse nicht realisierbare Phantommassnahmen enthält. Wir lernen dort verzichten, wo die Gesellschaft dies selber tragen kann: Wir sind bereit für weniger Komfort, weniger Vielfalt, weniger Geschwindigkeit, weil wir keine weitere Verschuldung des Kantons wollen. Ihr dürft uns in der kommenden Debatte an diesen Grundsätzen messen.

Mit Blick auf die umfangreiche Traktandenliste erlauben wir uns von der EVP noch drei Bemerkungen anzubringen. Erstens: Das Zeitalter der Privilegien ist vorbei – jede Bevorzugung einer Bevölkerungsgruppe schadet einer anderen. Zweitens: Verlassen wir die Detailfragen, wir müssen nicht operative Entscheide fällen im Tausenderbereich, sondern die Leitlinien vorgeben. Drittens – und das scheint mir das Wichtigste: Solidarität ist jetzt gefragt; es darf nicht Gewinner und Verlierer der Sparpolitik geben, wie kürzlich im «Bund»-Artikel dargelegt. Das Ziel muss eine gestärkte Solidarität in der gesamten Bevölkerung sein. Damit kennt ihr die Erwartung der EVP an die kommende Debatte. Ihr kennt auch unsere Strategie: Schwache Schützen; Stärken erhalten; Verzicht lernen, damit wir keine neuen Schulden machen müssen. Ich hoffe, ihr habt euch in der Zwischenzeit auch überlegt, was wir hier eigentlich machen. In dem Sinn wünsche ich uns allen Weitsicht und den Blick für das Wohl der gesamten Berner Bevölkerung.

Dieter Widmer, Wanzwil (BDP). In der Geschichte der Menschheit gab es immer wieder Sätze, die sehr bedeutungsvoll waren und die Jahrhunderte überlebt haben. Einer der stolzesten Sätze, die jemals jemand äussern konnte, war «civis romanus sum» – «Ich bin ein Bürger Roms». Zu jener Zeit war es etwas Besonders, Römer zu sein. Und die Römer führten sich wegen ihrer Macht, ihres Reichtums und ihrer Freiheiten entsprechend stolz auf. «Civis Bernensis sum», die Berner Adaption dieses legendären Satzes, können wir heute nicht mit Stolz in Verbindung bringen. «Ich bin ein Bürger Berns» heisst heute: die finanzielle Lage des Kantons Bern akzeptieren, Verantwortung übernehmen und den Finanzhaushalt in Ordnung bringen, damit wir dem Kanton Bern eine zukunftsfähige Weiterentwicklung ermöglichen können. Im schweizerischen Durchschnitt hat Bern eine Wirtschaftskraft von 77 Prozent, eine Finanzkraft von 86 Prozent und eine Steuerbelastung von 117 Prozent. Das sind natürlich eindruckliche Zahlen. Wenn bei einer solchen Ausgangslage die Ausgaben immer noch stärker steigen als die Einnahmen, liegt ein struktureller Ausgabenüberschuss vor. Vor diesem Hintergrund ist für die BDP-Fraktion eine Steuererhöhung kein taugliches Mittel, weil die übernächste Steuererhöhung nicht zu vermeiden wäre. Stattdessen müssen die Aufwandseite und das Angebot an staatlichen Leistungen des Kantons reduziert werden. Das ist eine sehr undankbare, aber zwingende Aufgabe.

Zugegeben, die Flut von Briefen und Mails, die wir erhalten haben, ist recht eindrücklich. Die Demonstration am letzten Montag beurteile ich allerdings etwas anders: Ich wage zu bezweifeln, dass man den zum Teil schwerstbehinderten Menschen, die mehr als zweieinhalb Stunden in der grössten Kälte auf dem Rathausplatz ausharren mussten, einen Dienst erwiesen hat. Die BDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass der Kanton Bern für das Jahr 2014 ein ausgeglichenes Budget haben muss und in den folgenden Jahren ebenfalls einen ausgeglichenen Finanzhaushalt anstreben muss. Wir sind deshalb bereit, auf das Sparpaket einzutreten. Ich möchte der Finanzdirektorin herzlich danken, dass sie die Sanierung der Kantonsfinanzen an die Hand genommen und mit dem interkantonalen Benchmark eine Basis für die Aufgaben- und Strukturüberprüfung geschaffen hat. Das gab einen guten Überblick, wo unsere staatlichen Leistungen im Vergleich mit denen von andern Kantonen stehen. Die einzelnen Elemente des Sparpakets basieren auf den Sparvorschlägen

der Direktionen; der Regierungsrat hat sie zu einem Gesamtpaket zusammengeführt. Die BDP-Fraktion hat sich schon kurz nach den Sommerferien an einer ausserordentlichen Sitzung mit dem Sparpaket befasst. Lange bevor die Protestlawine in den Medien, mit Briefen und Mails eingesetzt hat, wurde für uns klar, dass diese Sparmassnahmen arithmetisch zwar aufgehen, in Bezug auf Verhältnismässigkeit und Zumutbarkeit jedoch zu wenig gewichtet worden waren und aus diesem Grund nicht restlos befriedigen. Nach unserer Auffassung sind die vorgeschlagenen Sparmassnahmen insbesondere in den Bereichen Behinderte, Alte und Pflegebedürftige sozialpolitisch ein Problem. Über Wochen hinweg haben wir in minutiöser Kleinarbeit die einzelnen Massnahmen kritisch hinterfragt und Ersatzmassnahmen geprüft. Nun hat die BDP-Fraktion ihre Entscheidungen getroffen, und wir sind bereit für die Diskussion.

Wir danken der Finanzkommission für ihre umsichtige Arbeit. Wir erachten es als sehr wertvoll, dass sie Weichen für unabdingbare Korrekturen am Sparpaket gestellt hat. Die BDP-Fraktion stellt sich aus diesem Grund weitgehend hinter die Anträge der FIKO. Nur in einigen wenigen Fällen stellen wir abweichende Anträge. Einen kurzen Moment lang überlegten wir uns, ob wir das originale Sparpaket einfach durch winken sollten, weil die Vorschläge schliesslich von der operativen Leitung des Kantons stammen. Davon haben wir jedoch schnell Abstand genommen, weil letztlich der Gross Rat und nicht der Regierungsrat die Verantwortung für die Beschlüsse zu übernehmen hat. Wir bedauern, dass sich die Regierung den Anträgen der FIKO nicht in den wesentlichen Teilen anschliessen konnte. Die Regierung verharrte im Zusammenspiel zwischen Parlament und Regierung leider nicht zum ersten Mal auf ihrer Position. Damit hat sie eine Chance verpasst, die Bewältigung einer schwierigen Finanzlage gemeinsam mit dem Parlament anzugehen und die Sparmassnahmen breiter abzustützen. Vielerorts konnte man in den letzten Tagen hören, das Schlimmste sei nun abgewendet. Ja, das stimmt. Deshalb, Kollege Näf, sind wir legitimiert zu sagen, dass ein mehrheitlich bürgerliches Parlament die Sparmassnahmen einer rot-grünen Regierung sozialverträglicher ausgestaltet.

Adrian Haas, Bern (FDP). Lieber Roland Näf und lieber Blaise Kropf, wir gehen zu den Fakten zurück. Der Bericht des BAK steht am Anfang des Projekts der vorliegenden Haushaltssanierung. Das BAK hält fest: «Eine differenzierte Analyse der Rechnungsdaten zeigt, dass sich die aktuellen Probleme drohender Finanzierungsdefizite seit 2007 angebahnt haben. Seit 2007 steuert der Kanton Bern auf ein strukturelles Defizit zu, denn seit diesem Zeitpunkt steigen die Ausgaben rund doppelt so schnell wie die konsolidierten Einnahmen.» Es dauerte also mehr als fünf Jahre, bis man wirklich reagierte. In den vergangenen Jahren wurde leider nur Pflasterlipolitik betrieben und man hat sich kurzfristig von Budget zu Budget hinübergerettet. Es ist grundsätzlich erfreulich, dass die Regierung endlich ein umfassendes Sparpaket vorlegt und damit auch ein ausgeglichenes Budget 2014 präsentiert. Das ist der erste Schritt, damit der Kanton nicht wieder in eine Defizitwirtschaft abgleitet. Das heisst nun aber nicht, dass wir das Sparpaket wie bei den früheren, kleineren Entlastungspaketen einfach integral durchwinken. Wir haben uns gemeinsam mit unseren Leuten in der FIKO die Mühe gemacht, Korrekturen vorzubereiten. Wie Sie unseren Anträgen entnehmen können, setzen wir andere Schwergewichte und Prioritäten als die Regierung, namentlich aus sozialen Gründen. Störend ist für uns insbesondere, dass die Regierung den grossen Teil der Kürzungen an aussenstehende Institutionen verteilt, bei sich selbst, in der Kantonsverwaltung, aber wenig spart. Man mutet den anderen wesentlich mehr zu als sich selbst. Abgesehen von einer Streichung von zwanzig vakanten Stellen in der Steuerverwaltung sind nur ganz vereinzelte Stellenverzichte sichtbar. Auch bei den legendären hundert Stellen bei der Kantonspolizei geht es de facto nur um einen Abbau von sechzehn Stellen. Es ist erstaunlich, dass die Regierung Behindertenheimen und -werkstätten eine Beitragskürzung um rund 15 Prozent und einen Abbau von 220 Stellen locker zumuten wollte, sich selbst aber kaum 1 Prozent. Auch wenn es nicht unbedingt Spass macht: Spar- beziehungsweise Kostensenkungsmassnahmen sind beim Staat und bei privaten Unternehmen eine notwendige Daueraufgabe. Kein Unternehmen und kein Staat kann erfolgreich sein, wenn er nicht innovativ ist und nicht ständig seine Produktivität verbessert sowie Kosten senkt und so dem Finanzierungsdruck begegnet. Es nützt nichts, sich über ein schwieriges Umfeld oder unbequeme Volksentscheide zu beklagen. Man kann auch nicht einfach die Preise eines Produkts oder vorliegend Steuern erhöhen. Das wäre kontraproduktiv. Der Kanton Bern liegt im interkantonalen Steuervergleich schon heute auf einem negativen Spitzenplatz: bei den juristischen Personen auf Rang 18, bei den natürlichen Personen sogar auf Rang 23. Da liegt nichts drin. Wir erwarten vom Grossen Rat, dass er in der heutigen Debatte nicht einfach Sparmassnahmen streicht, sondern bei

allfälligen Streichungen auch Kompensationen beschliesst. Verantwortung übernehmen heisst, sich der Sanierungsaufgabe zu stellen und sich nicht davon zu verabschieden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Wenn wir genauer betrachten, was passiert, stellen wir fest, dass im Moment in diesem Kanton das grösste Umverteilungsprogramm seit Jahrzehnten stattfindet. Im «Bund» vom Samstag konnte man sehr anschaulich sehen, was das heisst. Bei den Steuersenkungen der letzten Jahre gab es gewiss Gewinnerinnen und Gewinner in diesem Kanton: Einige wenige, vor allem solche, die besser verdienen, haben davon profitiert. Es gibt aber auch Verliererinnen und Verlierer. Denn die Kosten zahlen nun der untere und der mittlere Mittelstand; Zehntausende von Familien, die keine Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen mehr erhalten. Dabei konnte man gestern in der Zeitung lesen, dass dies eines der grössten Probleme ist, bei denen die Leute der Schuh drückt. Die Spitex wird weniger gut abgegolten oder gar nicht mehr, das Pflegeheim wird teurer, und die Ausbildung ihrer Kinder oder Grosskinder wird verschlechtert. Das ist die Realität. Es gibt Gewinnerinnen und Verliererinnen. Wir sind nicht bereit, dieses Umverteilungsprogramm so zu akzeptieren. Herr Haas, der vorhin das BAKBASEL zitiert hat, möchte ich daran erinnern, dass es in seinem Bericht sehr unterschiedliche Dinge festgehalten hat. Ich zitiere ebenfalls: «Im Nachhinein muss man feststellen, dass diese Steuersenkungen» – damit sind die Steuersenkungen gemeint, die Blaise Kropf aufgezählt hatte – «zum falschen Zeitpunkt gemacht wurden und sich der Kanton Bern eigentlich nicht leisten konnte.» Auch das sagt das BAKBASEL, und ich wäre froh, wenn man beide Zitate betrachten würde. Was mich jedoch nach vorn trieb, ist etwas, das ich unglaublich finde in diesem Kanton, und das richtet sich an die Adresse von FDP, SVP und BDP. Die BDP sagte, sie sei sozialverträglich; die SVP sagte, das Sparpaket sei nicht sozial, und die FDP sagte, aus sozialen Gründen sei sie bereit, Änderungsanträge zu unterstützen. Kolleginnen und Kollegen von der bürgerlichen Seite: Es ist unlauter, der rot-grünen Seite die Schuld in die Schuhe zu schieben. Ursache der Steuersenkungen sind Anträge, die von euch gestellt wurden. Das wisst ihr genau. Ihr habt sie eingebracht, und das ist euer politisches Programm. Ihr seid die Ursache dieser ungeniessbaren Suppe, die nun die Berner Bevölkerung auslöffeln soll. Man kann zwar beschönigende Post-its in den Zeitungen platzieren, auf denen die Rede davon ist, dass sich die Bürgerlichen für die Spitex einsetzen. Betrachtet man aber die Anträge genauer, was wir hier noch vertieft machen werden, sieht man, dass die Regierung bei der Spitex 20 Mio. Franken vorschlägt, die Bürgerlichen stellen den Antrag, 1 Mio. Franken herauszuberechnen, die FIKO 5 Mio. Franken. Dafür kritisieren wir die rot-grüne Regierung ganz klar. 16 Mio. Franken, die bei der Spitex gespart werden sollen, bleiben drin. Wir haben Anträge gestellt, auf sämtliche Spitex-Sparanträge zu verzichten. Das akzeptieren wir nicht. Herr Widmer bekommt dafür ein Post-it «Bürgerliche Steuersenkungen. Das ist Sozialabbau». *(Grossrätin Imboden versucht, ein Post-it an den Platz von Grossrat Widmer zu kleben. Dieser ergreift und zerknüllt es.)*

Daniel Hügli, Biel (SP). Ich bin nach vorn gekommen, um Ihnen ein Geschichtchen zu erzählen. Geschichten beginnen immer mit «Früher war es mal ...». Früher war es so, dass man Steuereinnahmen hatte. *(Grossrat Hügli wirft immer wieder Münzen in ein grosses Sparschwein, das er vor sich aufs Rednerpult gestellt hat.)* Es kam Geld herein, und noch mehr Geld. So lief das früher. Mit diesem Geld konnte man zum Beispiel einen starken Service public im Kanton Bern finanzieren, gute öffentliche Dienstleistungen, oder Investitionen insbesondere im Bereich der Bildung, des Sozialen und der Gesundheit tätigen. So ging das, bis die bürgerlichen Parteien SVP, BDP und FDP beschlossen, Steuersenkungen voranzutreiben. Das haben sie gemacht und auch beim Volk durchgesetzt. *(Grossrat Haas kommt nach vorn und legt einen Geldschein in das Sparschwein.)* Danke, Adrian, ich gebe es dir nachher zurück. Was geschah mit diesen Steuersenkungen? – Es blieb weniger Geld übrig. Und es kam nur noch so viel herein: *(Grossrat Hügli wirft eine einzelne Münze in das Sparschwein.)* Das Geld von Grossrat Haas zählen wir nicht dazu. Was macht man, wenn man weniger Geld hat? – Man kann weniger Dienstleistungen finanzieren. Man hat weniger Service public, und es kommt zu dem Abbau, mit dem wir uns nun befassen müssen. Das Resultat der ganzen Geschichte zeige ich Ihnen ebenfalls noch rasch. Sie kennen es: Das arme Säuli muss dranglauben. *(Grossrat Hügli schlägt mit einem Hammer auf das Sparschwein.)* – Jetzt ist es kaputt. Und was ist das Resultat der ganzen Geschichte der bürgerlichen Politik im Kanton Bern? – Es ist eine Abbaupolitik und der Kanton Bern wird kaputtgespart. *(Grossrat Hügli bringt das Sparschwein der Finanzdirektorin.)*

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Wegen der verfehlten Finanzpolitik und der Steuerreduktionen für Reiche, welche die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats dem Kanton Bern beschert hat, befinden wir uns heute in einer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Sackgasse. Wie lange soll noch auf dem Buckel der Schwächsten politisiert werden? Steuersenkungen spülen den wohlhabenden Haushalten mehr Geld ins Portemonnaie. Für die Fiskaleinnahmen von Kanton und Gemeinden sind sie jedoch schädlich. Sie machen die Kantone nicht konkurrenzfähiger, sondern führen im Gegenteil zu schädlicher Konkurrenz und zu Misstrauen statt gemeinsamer Planung. Trotz all dieser Erkenntnisse hat die bürgerliche Mehrheit mit demokratiewidrigen Tricks Steuersenkungen auch im Kanton Bern durchgeboxt. So, dass viele Gemeinden ihren Steuerfuss erhöhen mussten. Die geplanten Kürzungen von 450 Mio. Franken treffen zu einem grossen Teil den Mittelstand, vor allem aber die bedürftigen Menschen, die von der Unterstützung durch andere abhängig sind. Wir können nicht akzeptieren, dass die Schwächsten in der Gesellschaft die Steuergeschenke für Wohlhabende kompensieren müssen. Wie schön schreibt die Präambel unserer Bundesverfassung: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Leider hat sich die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats weit vom Solidaritätsprinzip entfernt und hat sich das Motto «mehr für sich, weniger für andere» auf die Fahne geschrieben. So hat sie sich nicht einmal davor gescheut, die Entschädigungen für die Grossräte in dieser sehr heiklen Situation um 50 Prozent zu erhöhen. Die Kürzungen erfolgen immer mehr nach dem Zufallsprinzip; wir spielen hier aber nicht Lotto. Weder logische noch sachliche Gründe können für die Kürzungen im Behinderten-, Alters-, Sozial-, Bildungs-, Psychiatrie- oder Gesundheitsbereich herangezogen werden, und langfristig gesehen auch keine wirtschaftlichen. Wen diese Kürzungen auch immer treffen werden: Sie sind unverantwortlich und werden verdammt schmerzhaft sein. Die Hauptverantwortung trägt die bürgerliche Mehrheit mit ihrer elitären Post-it-Steuerpolitik. Die Realität lässt sich nicht mit einem Post-it verdecken. Die Demonstrationen vor dem Rathaus zeigen, dass immer mehr Leute das nicht einfach hinnehmen. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) Solidarität ist umso wichtiger, weil der wachsende Abbau die Betroffenen gegeneinander ausspielt. Das können wir nicht akzeptieren. Deshalb lehnen wir einen Teil der Reduktionen ab.

Ueli Jost, Thun (SVP). Für die SVP und auch für mich ist ein ausgeglichenes Budget das oberste Ziel. Im Eintreten wurde einzig von Grossrat Tromp gesagt, dass dazu auch die Abtragung des Defizits 2012 auf vier Jahre erstreckt werden muss. Das ist eine logische Folge, hinter der wir letztlich stehen, damit das erreicht werden kann. Der Antrag auf Abtragung dieses Defizits 2012 mit den vorliegenden Tranchen, vor allem auch für das Budget 2014, ist für die SVP unschön und eine bittere Pille, die es da zu schlucken gilt. Ein ausgeglichener, ausgewogener Haushalt ist die Voraussetzung, damit auch in Zukunft der Spielraum in diesem Kanton erhalten bleibt und er seine Aufgaben erfüllen kann. Es kann nicht angehen, dass wir Defizite auf die lange Bank schieben und damit riskieren, dass wir eines Tages überhaupt nicht mehr über den Berg sehen. Die Schuldenbremse wurde nicht eingeführt, damit man sie bei der erstbesten Gelegenheit gleich ausbremst. Wenn die SVP trotzdem der Abtragung über vier Jahre grossmehrheitlich zustimmt, muss das eine klare Ausnahme sein und bleiben. Wir sagen es bereits heute: Ein weiteres Mal werden wir die bittere Pille kaum mehr so einfach mitschlucken helfen. Defizite auf die lange Bank schieben kommt für uns künftig nicht mehr infrage, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass nach anfänglich positiven Prognosen für das nächste Jahr nun doch ein weiteres Defizit droht, das bekanntlich obendrauf kommt. Mit wenig Freude und nur, weil man den ASP-Prozess respektive den Voranschlag 2014 beim besten Willen nicht mit zusätzlich 186 Mio. Franken belasten kann, werden wir mithelfen, die bittere Pille zu schlucken.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Erlauben Sie mir kurz ein Votum in meiner Eigenschaft als Präsident des Verbands Bernischer Gemeinden. Bekanntlich muss der Kanton sparen. Sparen ist unpopulär und hat Auswirkungen auf Betroffene. Die Politik ist gefordert, das Sparpaket zu schnüren und auch durchzusetzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass in einem solchen Prozess auch etwa die Versuchung auftaucht, anstelle von effektiven Sparmassnahmen Kosten auf andere Zahler abzuschieben, beispielsweise vom Kanton auf die Ebene der Gemeinden. Dagegen hat sich der VBG von Anfang an zur Wehr gesetzt. Diejenigen, die Steuern für den Kanton zahlen, und diejenigen, die Steuern für die Gemeinden zahlen, sind nämlich in ihrer Gesamtheit dieselben. Es wäre also mitnichten gespart, wenn man Verschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden ins Auge fassen würde. Ich darf feststellen, dass das Ansinnen, Kostenverschiebungen zulasten der Gemeinden anzustreben, abgesehen von wenigen Ausnahmen – darauf komme ich später zurück –

wieder von der Traktandenliste entfernt wurden. Ich danke für diese Einsicht. Der Widerstand des VBG und viele Kontaktaufnahmen haben dazu geführt, dass man sich in dieser Debatte nicht auf diese Ebene begeben will. Bleiben wir dabei. Auch wenn die Gemeinden von der ASP profitieren können, handelt es sich keineswegs um ein Geschenk, wie mir gelegentlich gesagt wird. Vielmehr werden an der Front auch Leistungen abgebaut, welche bei den Gemeinden spürbar sein werden. Zudem haben die Gemeinden eine Entlastung bitter nötig, wie die Situation fast unisono im Rahmen der Voranschläge 2014 und der Finanzplanung zeigt. Die Kosten der Verbundaufgaben sind stark gewachsen; die Gemeinden müssen häufig ihre Steuern erhöhen. Ich setze mich dafür ein, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton weiterhin gut funktionieren kann. Setzen wir sie nicht aufs Spiel, wir brauchen auch in Zukunft den guten Konsens.

Hans Rudolf Feller, Steffisburg (FDP). Ich möchte meine paar Worte unter den Titel «Betrachtung aus Sicht eines freisinnigen FIKO-Mitgliedes» stellen, vielleicht etwas als Kontrapunkt zu den Äusserungen von Natalie Imboden. Die Studie des BAK als Grundlage für die ASP hat erschreckend klar gesehen, wie «schwach auf der Brust» wir in diesem Kanton strukturell sind. Die Zahlen haben Sie gehört. Eine Frage muss ich aber doch stellen, nach rechts oder nach links: Wer trägt die Last dieser überdurchschnittlichen Steuerbelastung? Wir sind uns fast einig, dass ein ausgeglichener Voranschlag das oberste Ziel sein muss. Es geht nicht einmal um die 96 Stimmen: Diese brächte man nötigenfalls zustande. Wenn man Aussicht auf eine mittelfristige Besserung hätte, wäre ein defizitäres Budget eigentlich noch zu verantworten. Aber nach dem Defizit von 2012 und der Aussicht auf ein Defizit 2013 ist dem natürlich nicht so. Mit anderen Worten: «Management by Caterpillar» ist keine Methode und Ablehnen schon gar nicht. Mit einer Ablehnung kommt erstens kein Franken zum Vorschein und zweitens gibt das nur viel Ärger und Arbeit. Mit anderen Worten heisst dies, dass das Defizit 2012 von 196 Mio. Franken abgetragen werden muss. Mathias Tromp hat es gesagt: Es ist nicht auf einmal zu verkraften. Deshalb scheint es mir richtig, die Tranchen von vier Jahren zu machen. Im ersten Jahr, 2014, haben wir 10 Mio. Franken, die wir nirgends explizit sehen. Sie sind in den 79,7 Mio. Franken Abschreibungen auf Seite 448 des dicken Buches enthalten. Wir können diese Abschreibungen also nicht als Beschlussgrösse verändern. Wenn wir das wollten, müssten wir über den Saldo eine Korrektur machen. Die weiteren Tranchen sind im Aufgaben- und Finanzplan ersichtlich. Bekanntlich kann der Grosse Rat vom nächsten Jahr an auch über diesen beschliessen. Es wurde bereits erwähnt: Die FIKO hat sich lange und sehr intensiv mit dem über hundert Massnahmen beschäftigt. Ich gehe davon aus, dass sie mir übernächste Woche fast fehlen werden. Die FIKO hat aber dort, wo sie das Gefühl hatte, es sei nicht opportun, diese Massnahme zu ergreifen, auch Korrekturen angebracht, und das unter gütiger Mithilfe der ganz bösen Bürgerlichen. In dieser Beziehung hat man die Übung eigentlich erfüllt. Ich hätte von Links und Grün etwas Anerkennung erwartet. Aber nein, Roland Näf – er ist gar nicht da –, ab heute wieder Niederschläge. Das ist nicht die Idee, wie man aufeinander zugehen kann. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) Ich hoffe, dass die Seite zu meiner Rechten ihre Schützengräben noch verlässt.

Peter Brand, Münchenbuchsee (SVP). Ich komme rasch nach vorn, weil mir Blaise Kropf am Rednerpult Demagogie und Zynismus vorgeworfen hat. Er und Roland Näf haben, anschliessend sekundiert von Frau Imboden, Herrn Sancar und Herrn Hügli, uns glaubhaft zu machen versucht, dass die ASP-Übungen, die wir nun machen müssen, wegen der Steuersenkungen nötig seien, die wir allein beschlossen hätten. Blaise Kropf sagte, man müsse die Steuerzahlen 2007 und 2012 vergleichen. Das habe ich in der Zwischenzeit gemacht. Im Jahr 2007 hatten wir 4707 Mio. Franken Steuereinnahmen, im Jahr 2012 waren es 4814 Mio. Franken, sprich 107 Mio. Franken Mehreinnahmen trotz der Steuersenkungen, die wir vorgenommen hatten. Auf der anderen Seite betrug der Aufwand 2007 9039 Mio. Franken und 2012 10 555 Mio. Franken, 1515 Mio. Franken Mehrausgaben in diesen fünf Jahren. Da müsst auch ihr auf der linken und grünen Seite euch nicht wundern, dass wir nun ein Problem mit den Finanzen haben. Ihr könnt uns nicht sagen, das sei wegen der Steuersenkungen so. Frau Imboden kann ich noch sagen, dass nicht zuletzt die Familien von diesen ach so bösen Steuersenkungen profitiert haben. Bei diesen Steuersenkungspaketen habt ihr die Kinderzulagen massiv erhöht, davon haben die Familien und der Mittelstand profitiert.

Präsident. Ich bitte die Sprechenden, jeweils nach vorn zu kommen, damit wir keine Zeit verlieren. Auch deshalb haben wir eine neue Anlage.

Urs Muntwyler, Bern (Grüne). Der technokratische Ansatz der ASP hat gezeigt, dass der Kanton Bern strukturschwach ist: 75 Prozent des Schweizer Durchschnittsertrags. Das kann man nicht in acht Jahren korrigieren, das braucht eine längere Zeit. Ich denke, daran müsste man vor allem arbeiten. Die Ausgaben liegen aber im Schweizer Durchschnitt. Es ist nicht so, wie SVP-Präsident Salzmann in der Zeitung sagt, dass der Kanton Bern ein verschwenderischer Staat sei. Er ist genau bei 100 Prozent. Wenn man jedoch weniger einnimmt, als man durchschnittlich ausgibt, fehlt am Schluss etwas. Nun wird gespart. Weniger Komfort, hat Hans Kipfer gesagt. Und im «Bund» kann man lesen, was passiert: Der untere Mittelstand wird nun zahlen, und die obersten 10 Prozent erhalten mehr. Das ist sehr nett, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich gehöre vermutlich zu diesen 10 Prozent und erhalte mehr. Ich brauche das aber nicht und will es auch gar nicht. Das Sparpaket trifft vor allem die Schwachen, greift Bildungsstandorte wie Oeschberg und Lehrwerkstätten an, was direkt der Berner Wirtschaft schadet. Besonders stossend ist für mich in dieser ganzen Diskussion, dass wir die Grossratsentschädigungen erhöht haben. Das ist unverschämt, und da haben wir in der Tat in den kommenden Tagen ein paar Sachen zu korrigieren.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Ich möchte die Polemik auch noch ein bisschen anheizen; und zwar hat mich das Votum von Grossrat Näf nach vorn gebracht. Wovon man in der ganzen Debatte wieder nichts mehr hört, sind die 3,5 Mrd. Franken, die wir in der Septembersession in die beiden Pensionskassen eingezahlt haben – das wird komplett ausgeblendet, davon spricht niemand. Es ist zwar richtig, dass sie auf den Voranschlag und den Aufgaben- und Finanzplan nur geringfügige Einflüsse haben. Wenn wir diese Schulden von 3,5 Mrd. Franken aber jemals wieder zurückzahlen wollen – und damit sollte man irgendwann beginnen –, müsste man das ebenfalls über die Laufende Rechnung machen und dort Erträge oder Überschüsse generieren, damit wir das zurückzahlen können. Das trifft auch wieder die Behinderten und auch wieder die Schulen und die Spitex. Und dein flammendes Votum, Herr Kollege Näf: Warum hast du das nicht im September gehalten, als es um die 3,5 Mrd. Franken ging, die wir in Pensionskassen eingezahlt haben. Damals hätte das Sinn gemacht, dort hätte es hingehört, anstatt jetzt ein Gejammer und parteipolitische Propaganda zu veranstalten. Es ist erstaunlich, dass diese Milliarden nicht einmal im dicken Buch, das uns vorliegt, unter den Bruttoschulden auf den Seiten 92/93 auftauchen. Dort werden sie ebenfalls verschwiegen und ausgeblendet, obwohl sie nachher einfach da sind, wenn es so durchkommt. Es ist etwas unbefriedigend, dass man diese Milliarden in dieser Debatte hier komplett ausblendet.

Präsident. Die Sprecherin und die Sprecher der vorberatenden Kommissionen verzichten auf das Wort. Ich gebe der Finanzdirektorin das Wort, anschliessend werde ich die Abstimmung über die Erstreckung der Abtragung des Aufwandüberschusses durchführen.

Beatrice Simon Finanzdirektorin. «Kanton Bern mit massivem Defizit»; «Regierung will bei Pflege und Gesundheit sparen»; «Durchschnitt als grosses Ziel» «Kanton Bern vor einer Rosskur»: Das alles sind Schlagzeilen, die man in den letzten Wochen und Monaten lesen konnte oder musste. Und ja, die Finanzpolitik des Kantons Bern dominiert momentan das politische Geschehen bei uns. Oder, wie letzte Woche in diversen Zeitungen stand: Es sind vor allem drei Buchstaben, die das politische Geschehen bewegen: A, S, P. Diese drei Buchstaben bewegen jedoch nicht nur uns Politikerinnen und Politiker, sondern vor allem auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Kanton. Das zeigen die Zuschauerränge hier im Saal, die bis vor wenigen Minuten noch voll waren, aber auch die Kundgebungen auf dem Rathausplatz, zahlreiche Leserbriefe in den Printmedien und unzählige Briefe und Interventionen bei allen Mitgliedern des Parlaments und der Regierung. In den kommenden Tagen geht es um viel. Es geht um die Frage, wie wir den Finanzhaushalt des Kantons Bern wieder in den Griff bekommen wollen. Das wollen wir, wie schon mehrmals gesagt wurde, wohl alle. Das ist allen hier im Saal klar. Über das Wie gehen die Meinungen jedoch diametral auseinander. Dabei wissen wir gerade im Kanton Bern aus der Vergangenheit, dass der Weg aus einer Defizitspirale zurück zu einem ausgeglichenen Haushalt mühsam, langwierig und schmerzhaft, letztlich aber unausweichlich ist.

Der Finanzhaushalt des Kantons Bern wird gern mit einem Supertanker verglichen: Eher langsam und etwas träge bewegt er sich mit seiner tonnenschweren Fracht auf dem Meer. Schnelle Richtungsänderungen oder Bremsmanöver liegen nicht drin. Dafür ist unser Tanker «Kanton Bern» viel zu gross. Seit dem Jahr 2012 befindet sich unser Tanker in einem veritablen finanzpolitischen Sturm. In den kommenden Tagen geht darum, die Frage zu klären, wie wir diesen Supertanker wieder aus diesem Sturm herausführen können, sei es in Richtung eines sicheren Hafens oder zumin-

dest in etwas ruhigere Gewässer. Der Regierungsrat hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und hat verschiedenen Routen geprüft, wie der Tanker aus dem momentanen Sturm herauszubringen sei. Wir haben uns für die Route Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014 entschieden, und zwar in einem sehr intensiven Prozess und – das können Sie mir glauben – keineswegs auf die Schnelle, wie manchmal vermutet wurde. In der ersten Jahreshälfte 2013 wurden mehr als 100 Entlastungsmassnahmen, die zur Eliminierung des strukturellen Defizits beitragen sollen, diskutiert und schliesslich erarbeitet. Dank diesen Massnahmen gelang es dem Regierungsrat, Ihnen trotz eines sehr anspruchsvollen politischen Umfelds einen ausgeglichenen Voranschlag 2014 vorzulegen. Anders ausgedrückt: Wir haben auf der Route ASP 2014 die schlimmsten der grossen Wellen, die unseren Tanker in Bedrängnis gebracht und teilweise sogar beschädigt haben – dabei spreche ich vom Defizit, das wir im vergangenen Jahr eingefahren haben –, hinter uns gelassen und haben ein erstes, kleines Zwischenziel erreicht. Die See ist aber nach wie vor sehr unruhig, liebe Grossrätinnen und Grossräte, und es ist schwierig, das Schiff auf Kurs zu halten. Um wirklich in den sicheren Hafen zu gelangen, müssen wir unseren Tanker noch weiter vom finanzpolitischen Sturm wegnavigieren. Die Regierung hat den Weg aufgezeigt.

Ob uns das gelingt, mit dem Tanker den Hafen zu erreichen, liegt nun in Ihren Händen. Bislang sehen die Zahlen für die kommenden Jahre auf dem Papier nicht so schlecht aus. Erst wenn Sie dem Voranschlag 2014 zustimmen, kann das ASP-Paket umgesetzt werden. Im Hinblick auf die Haushaltsdebatte hat der Regierungsrat mehrere parlamentarische Vorstösse abgelehnt, weil er das Aufschnüren der ASP-Paket-Massnahmen nicht als zielführend erachtet. Wir möchten unseren Finanzhaushalt trotz den harten, aber notwendigen Sparmassnahmen mit dem ASP-Gesamtpaket in die richtige Richtung bringen. Ein Aufschnüren aufgrund von Partikularinteressen kommt für den Regierungsrat nicht infrage. In den vergangenen Tagen und Wochen hörte ich immer wieder, dass Grossrätinnen und Grossräte sagten, sie seien dann froh, wenn die Novembersession endlich vorbei sei. Ja, auch ich verspüre eine gewisse Müdigkeit. Vor allem aber verspüre ich eine gewisse Müdigkeit bei vielen Politikerinnen und Politikern in Bezug auf die bernische Finanzpolitik oder, anders ausgedrückt, auf das Sparen. Ich begreife das, denn das Sparen ist in der Politik meistens damit verbunden, dass man jemandem etwas wegnimmt. Sparen ist auch sehr unangenehm und ruft, wie wir alle in den vergangenen Wochen und Tagen zu spüren bekamen, sehr viele negative Reaktionen hervor. Ich möchte einen Ausspruch von Norbert Blüm, einem ehemaligen deutschen Bundesminister für Arbeit, zitieren: «Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.» Trotz dieser nicht sonderlich angenehmen Ausgangslage müssen wir Politikerinnen und Politiker, die wir alle vom Volk gewählt wurden, unsere Verantwortung in den nächsten Tagen wahrnehmen und müssen den Finanzhaushalt des Kantons Bern wieder in Ordnung bringen. Wir dürfen in den kommenden Jahren nicht einfach auf Kosten späterer Generationen leben.

Etwas scheint mir in diesem Zusammenhang absolut zentral: Allein mit der Umsetzung von ASP 2014 ist es noch nicht getan. Damit ist unser Finanzhaushalt noch nicht nachhaltig saniert. Darauf wurde heute schon einige Male hingewiesen. Mit der Umsetzung der Massnahmen von ASP 2014 lassen wir gerade mal den grössten Sturm hinter uns. Vor uns haben wir jedoch noch einen weiten Weg bis zum sicheren Hafen. Wie Sie alle wissen, entstehen Stürme im offenen Meer plötzlich und können uns erneut treffen. Jede andere Einschätzung wäre ein Trugschluss. In der Laufenden Rechnung bewegen wir uns mit Überschüssen zwischen 5 und 20 Mio. Franken immer noch in sehr unruhigen Gewässern. Auch in Bezug auf den Finanzierungssaldo weisen wir in den kommenden Jahren immer noch eine Neuverschuldung aus. Und das, liebe Grossrätinnen und Grossräte, muss meines Erachtens korrigiert und eliminiert werden. Wir befinden uns also nicht nur in unruhigen Gewässern, vielmehr tauchen am Horizont schon wieder die ersten dunklen Wolken auf. Dabei denke ich zum Beispiel an einen negativen Rechnungsabschluss 2013, aber auch an die Gewinnausschüttung 2014 der Nationalbank, von der wir nicht wissen, ob sie in dem Mass erfolgt, wie wir sie budgetiert haben; ich denke aber auch an heikle Geschäfte auf Bundesebene mit möglichen finanziellen Auswirkungen für den Kanton Bern, beispielsweise die Unternehmenssteuerreform III, aber auch an alle Diskussionen im Zusammenhang mit dem zweiten Wirksamkeitsbericht zur NFA. Schliesslich denke ich auch an die zusätzliche Schuldenbelastung aufgrund des neuen Pensionskassengesetzes und an Initiativen, die an diesem Wochenende oder demnächst zur Abstimmung kommen. Ich bin mir durchaus bewusst, dass man den Finanzdirektoren und Finanzdirektorinnen per se nachsagt, sie seien Pessimisten und Schwarzmaler und das Glas sei bei ihnen sowieso immer halb leer. Vielleicht stimmt das sogar. Bei mir persönlich habe ich zwar das Gefühl, es sei nicht so. Es gehört aber wohl etwas zur Rolle einer Finanzdirektorin, und ich muss Ihnen gestehen, liebe

Grossrätinnen und Grossräte: Ich erhebe den Mahnfinger lieber einmal zu viel als einmal zu wenig. Wenn wir die Wolken, die nun wieder am Finanzhimmel aufziehen, ernst nehmen, müssen wir unseren Tanker auf einen möglichen neuen Sturm vorbereiten. Vielleicht müssen wir diesen Sturm umfahren; vielleicht braucht es einen Umweg. Das ist mir persönlich sehr viel lieber, als mit voller Kraft auf geradem Vorwärtskurs mit fliegenden Fahnen im Sturm unterzugehen. Denken Sie daran: Wenn der Tanker «Kanton Bern» im Sturm beschädigt wird, kostet uns das längerfristig mehr, als wenn wir einen Umweg in Kauf nehmen.

Abschliessend möchte ich Folgendes noch einmal festhalten: Mit der Umsetzung der Massnahmen von ASP 2014 haben wir in Bezug auf die Laufende Rechnung ein erstes Zwischenziel erreicht. Sowohl die Schuldenbremse für die Laufende Rechnung wie auch diejenige für die Investitionsrechnung werden mit dem vorliegenden Zahlenwerk des Voranschlags 2014 erfüllt. Es liegt nun an Ihnen, diesen Voranschlag 2014 in der vorliegenden Form zu verabschieden und damit den finanzpolitischen Sturm fürs Erste hinter uns zu lassen. Gleichzeitig liegt jedoch noch das eine oder andere Sturmtief vor uns. Bis wir den Hafen erfolgreich erreicht und wieder festen Boden unter den Füssen haben, müssen wir weiterhin mit – ich betone ausdrücklich – äusserster Umsicht und Sorgfalt navigieren. Denn es wäre wirklich schade, wenn unser Supertanker «Kanton Bern» nachhaltig Schaden nehmen würde, weil wir erneut in einen Sturm fahren.

Ich komme noch zu einer Aussage betreffend die Erstreckung der Frist für die Kompensation des Defizits. Anlässlich der Junisession hat der Grosse Rat den Beschluss zur Fristverlängerung für die Abtragung des Defizits 2012 in die Novembersession verschoben, und zwar aus Gründen, die ich nachvollziehen konnte: Der Rat wollte zuerst Kenntnis von all den Massnahmen rund um ASP haben. Diese Massnahmen liegen nun vor. Sie sind im Voranschlag 2014 und im Aufgaben- und Finanzplan für die kommenden Jahre berücksichtigt. Dank dem weist, wie Sie alle wissen, die Laufende Rechnung in allen vier Jahren Überschüsse auf. In allen vier Planjahren sind nun Tranchen zur Kompensation des Defizits 2012 enthalten. Weil die ASP-Massnahmen ihre volle finanzielle Wirkung erst später, zum Teil erst 2017, entfalten, schlägt der Regierungsrat vor, die Kompensation dieses Defizits mit jährlich erhöhten Tranchen aufzuschlüsseln. Konkret sind im Voranschlag 2014 dafür 10 Mio. Franken vorgesehen; 2015 sind es 30 Mio. Franken; 2016 und 2018 sind es 80 und 76 Mio. Franken. Eine Ablehnung dieser Fristerstreckung hätte zur Folge, dass im Budget 2014 wieder ein dreistelliger Millionenbetrag vollständig eingespart werden müsste. Eigentlich dürfte allen hier im Saal klar sein, dass das nicht umsetzbar ist. Man müsste nämlich wieder neue Massnahmen beschliessen, zusätzlich zu denen, die ohnehin nicht beliebt sind, denn es müssten noch einmal mehr als 150 Mio. Franken eingespart werden. Der Regierungsrat erachtet das nicht als vertretbar. Als Alternative könnte man natürlich die Steueranlage verändern, aber auch diese Massnahme erachtet der Regierungsrat aufgrund der politischen Zusammensetzung des Grossen Rats nicht als umsetzbar. Deshalb beantragen wir eine Fristverlängerung auf vier Jahre. Alles andere ist unrealistisch und nicht umsetzbar. Denken Sie daran: Wenn Sie dieser Fristverlängerung nicht zustimmen, sorgen Sie dafür, dass wir uns mit unserem Tanker weiterhin in einem grossen Sturm befinden. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag der Regierung folgen.

Präsident. Damit sind wir am Ende der Grundsatzdebatte. Ich führe nun die Abstimmung zu Ziffer 2 auf dem gelben Papier durch. Es handelt sich nicht nur um einen Antrag des Regierungsrats, sondern auch um einen Antrag der FIKO. Es ist der einzige Antrag der FIKO, der nicht im gelben Papier zu finden ist. Er findet sich auf Seite 23 des Berichts der FIKO. Es braucht ein qualifiziertes Mehr. Wer die Frist für die Abtragung des Aufwandüberschusses des Geschäftsberichts 2012 im Sinn von Artikel 101a Absatz 4 der Kantonsverfassung auf vier Jahre erstrecken will, stimmt Ja, wer das ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Block 2, Grundsatzentscheid Erstreckung der Abtragung des Defizits in der Laufenden Rechnung 2012 verteilt auf vier Jahre)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Antrag Regierung

Ja 146

Nein 2

Enthalten 5

Präsident. Der Rat hat die Erstreckung für die Abtragung des Defizits 2012 verteilt auf vier Jahre angenommen. Damit wurde das qualifizierte Mehr von 96 Stimmen erreicht.

Themenblock 3

Anträge und parlamentarische Vorstösse zu Querschnittsthemen

3.a Erhöhung Steueranlage

Geschäft 2013.1175

237-2013 Motion SP-JUSO-PSA (Näf-Piera, Muri) – Ein ausgeglichener Voranschlag – der Grosse Rat in der Pflicht

3.b ASP-Massnahmen im Steuerbereich

Planungserklärung SVP, BDP, FDP, EDU (Haas, Bern)

Plafonierung Fahrkostenabzug: Mit Rücksicht auf die peripheren Regionen ist bloss ein Maximalabzug zur Plafonierung der «Ausreisser nach oben» festzulegen. Zudem sind die Ansätze der anderen Kantone zu berücksichtigen.

Planungserklärung SVP, BDP, FDP, EDU (Brand, Münchenbuchsee)

Allgemeine Neubewertung der Grundstücke: Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Präsident. Zuerst eine Regieanweisung zum GEF-Bereich: Ich lege Kapitel 9.b und 9.c zusammen; es wird nur eine Debatte geführt. – Damit steigen wir in die Debatte von 3.a und 3.b ein.

Roland Näf-Piera, Muri (SP). Wir haben es vorhin erwähnt. Die bürgerliche Mehrheit hat ihr Ziel erreicht: Sie konnte dem Kanton das Geld wegnehmen. Uns fehlen nun Steuereinnahmen von 400 Mio. Franken, die deswegen weggefallen sind. Vorhin wurde sogar von Herrn Haas erwähnt, es sei bereits 2007 klar gewesen, dass wir auf ein strukturelles Defizit zugehen. Herr Gasche – euer Regierungsrat – reagierte damals und warnte euch alle vergeblich vor Steuersenkungen: Ihr habt sie trotzdem gemacht. Diese Steuersenkungen gingen ganz eindeutig zu weit. Das steht auch im ASP-Bericht. Die Finanzdirektorin selbst hat es an öffentlichen Veranstaltungen gesagt. Wenn man die Feststellung macht, dass man zu weit gegangen ist und sich geirrt hat, wäre die logische Folge zu sagen: «Sorry, wir haben uns geirrt. Wir gehen zurück und machen zumindest die Steuersenkungen teilweise rückgängig.» Alles andere, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht logisch, es ist pure Ideologie. Ich möchte jetzt aber einige Gedanken in den Raum stellen, was es ganz konkret für die Menschen, für die wir Politik machen, heisst, wenn man auf der einen Seite die Steueranlage wieder erhöht oder wenn man Steuersenkungen macht. Ich nehme ein durchschnittliches Einkommen im Kanton Bern von etwa 7000 Franken. Wenn wir die Steuersenkungen nur zu einem kleinen Teil rückgängig machen und die Steueranlage um einen Steuerzehntel erhöhen, bedeutet das bei einem Einkommen von 7000 Franken zirka 30 Franken im Monat. Auf der andern Seite heisst das: die Grosseltern nicht selbst pflegen sowie die Berufsbildung und damit den Kanton nicht kaputt machen. Wenn ich an die Psychiatrie denke – und ich keine einige Patienten – und an die Sparmassnahmen, die dort seitens der FIKO neu vorliegen, heisst es aber vor allem, dass ich am Abend noch in den Spiegel schauen kann. Das ist der grösste Vorteil. Und das für einen Steuerzehntel.

Eine Frage, die im Rat auch immer relativ polemisch diskutiert wird, lautet: «Gehen die vielen guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht einfach weg?» Das ist ein Argument, das ihr immer wieder bringt. Wir haben hier im Rat auch einen jener Steuerzahler: Wir haben hier im Rat in der SVP einen, der gegen 1 Mio. Franken verdient. Ich habe nachgeschaut. Und der geht nicht weg, da könnt ihr sicher sein. Warum, muss ich hier nicht weiter erläutern, das kann er selbst machen. Ich gehe auch kritisch damit um, was es für mich selbst bedeutet: Meine Frau und ich haben beide ein gutes Einkommen. Konkret haben wir zusammen ungefähr 130 000 Franken steuerbares Einkommen. Das ist ein sehr überdurchschnittliches Einkommen und wir können sehr gut davon leben. Ich muss zugeben: Ich habe zusammen mit meiner Frau und unserer Familie von den Steuersenkungen massiv profitiert. Das ist ganz klar. Ich liege über den ungefähr 80 000 bis 100 000 Franken, die

vermutlich diejenigen, welche darunter sind, in den letzten Jahren verloren haben, wie der «Bund» aufgezeigt hat. Ich persönlich bin jedoch absolut bereit, wieder 1000, 2000 oder 3000 Franken mehr Steuern zu zahlen. Was heisst das für mich persönlich? – Ich kann vielleicht mein altes Auto noch eine Weile nicht ersetzen. Na und? Das passiert. Auf der anderen Seite haben wir einen Gegenwert: Wir können sagen, dass ältere Leute und Kranke im Kanton Bern anständig gepflegt werden. Wir gehen auch mit den Schwächeren anständig um. Ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen, die 30 Franken bei einem durchschnittlichen Einkommen nicht wert?

Fazit: Was heisst das? Einen Steuerzehntel mehr; etwas Kleines. Wir hätten hier im Rat die ganzen hässlichen Debatten und die zum Teil gehässige Stimmung gar nicht gehabt. Wir hätten diese Debatte gar nicht führen müssen, wenn wir von Anfang an gesagt hätten, mit einem Steuerzehntel mehr wäre das Problem vom Tisch. Wir hätten bei den psychisch Kranken keinen Abbau, ebenso wenig bei der Spitex. Und, was ich sehr wichtig finde, viele Gemeinden in diesem Kanton und mancher Kanton in der ganzen Schweiz haben den Entscheid in den letzten Monaten gefällt: Sie müssen die Steuern erhöhen. Ich denke dabei gerade an Luzern. Man ging in der ganzen Schweiz zu weit. Seid doch ehrlich mit euch selbst und gebt zu, dass ihr Mist gebaut habt. Man kann aber auch gescheit werden. Stimmt der Motion der SP-JUSO-PSA bitte zu.

Adrian Haas, Bern (FDP). Ich äussere mich zur Planungserklärung Pendlerabzug: Die Idee, den Abzug zu begrenzen, ist hier im Rat ist nichts Neues. In der Junisession 2012 hatte Andreas Hofmann eine Motion eingereicht, die das wollte. Er hat sie aber zurückgezogen, weil er sonst damit gescheitert wäre. Die Voraussetzung der Begrenzung eines solchen Abzugs ist zunächst eine Änderung des Steuerharmonisierungsgesetzes auf Bundesebene. Diese ist Gegenstand der FABI-Vorlage, über die wir am 9. Februar 2014 abstimmen werden. Wir wissen noch nicht, ob das Volk sie annehmen wird. Zudem untersteht sie bei einer Annahme noch einem separaten fakultativen Referendum. Es ist also nicht klar, ob man das überhaupt machen könnte. Dazu kommt der richtungsweisende Grundsatz von Artikel 104 Absatz 1 unserer Kantonsverfassung, der besagt, dass bei der Ausgestaltung der Steuern der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beachtet werden muss. Es ist kaum zu bestreiten: Die Kosten der Pendler zur Erzielung ihres Einkommens an einem entfernten Arbeitsplatz entstehen tatsächlich und schmälern damit ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Deshalb sollten sie abgezogen werden können. Irgendwie ist es auch seltsam, eine dezentrale Besiedlung aufrechterhalten zu wollen, weil man keine Entleerung der Täler will, diese Leute jedoch steuerlich zu bestrafen. Und noch etwas: 42 000 Personen, die heute im Kanton Bern wohnen, pendeln zur Arbeit in einen anderen Kanton. Wenn wir diesen Leuten nun einseitig das Pendeln vermiesen und damit erreichen, dass sie den Entscheid fällen, ausserhalb unseres Kantons Wohnsitz zu nehmen, verliert der Kanton. Aufgrund der Steuerbelastungsunterschiede zu unseren Nachbarkantonen wäre das ohnehin nicht ganz abwegig. Damit habe ich auch die hohe Steuerbelastung im Kanton Bern angesprochen. Die Reduktion des Pendlerabzugs wäre nichts anderes als eine kalte Steuererhöhung. Wenn die Ausgaben aus dem Ruder laufen, muss man bei den Ausgaben ansetzen und nicht bei den Einnahmen. Aus diesem Grund haben wir eine Planungserklärung gemacht, die auf Folgendes abzielt: Erstens sind die definitiven Entscheide erst in der Steuergesetzrevision 2016 zu fällen. Zweitens muss auf die Regulierung in anderen Kantonen Rücksicht genommen werden, weil es sonst zu einer Abwanderungstendenz kommt, welche uns die Steuereinnahmen wegnimmt. Drittens darf man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den peripheren Regionen nicht bestrafen. Das heisst, wenn man eine Begrenzung macht, muss sie auf relativ hohem Niveau sein. Dazu kommt die Kantonsverfassung mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die ebenfalls zu berücksichtigen ist. Ich bitte Sie, der Planungserklärung zuzustimmen.

Peter Brand, Münchenbuchsee (SVP). Im ASP-Bericht erwähnt der Regierungsrat auf den Seiten 27 und 28 in Topf 1 eine mögliche Massnahme, die im Voranschlag und in den Finanzplanjahren noch keine Wirkung zeigen würde: die allgemeine Neubewertung der Grundstücke. Es fragt sich, was eine solche Massnahme in einem Bericht über Angebots- und Strukturüberprüfung zu suchen hat. Eine solche Massnahme hat weder mit den Angeboten des Kantons noch mit seinen Strukturen etwas zu tun. Allenfalls hat diese Massnahme Mehreinnahmen zur Folge. Der Regierungsrat spricht allerdings zu Recht im Konjunktiv, wenn er von Mehreinnahmen spricht. Betrachtet man die Erfahrungen von 1999, als die letzte allgemeine Neubewertung vorgenommen wurde, die der Regierungsrat ebenfalls erwähnt, sieht man, dass eine solche Neubewertung vor allem Kosten zur Folge hat: Kosten für den Kanton, Kosten für Schätzungen. Das wird im ASP-Bericht auch gesagt. 1999

stellte man auch fest, dass die Neubewertung zu etwa 10 000 Einsprachen führte. Auch Einsprachen können nicht ohne viel zusätzliches Personal erledigt werden. Auch da werden wieder Kosten auf den Kanton zukommen, sodass es fraglich ist, ob sich diese Übung letztlich lohnt. Wenn man sieht, dass der Regierungsrat zudem sagt, die Voraussetzungen seien für eine allgemeine Neubewertung gar nicht vorhanden, weil die Liegenschaftspreise nach den Erhebungen des Kantons etwa um 6,5 Prozent gestiegen sind statt um 10 Prozent, fragt es sich erst recht, ob sich der Aufwand lohnt. Deshalb beantragen wir in unserer Planungserklärung, dass auf die allgemeine Neubewertung der Grundstücke zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet werden soll. Ich bitte Sie, der Planungserklärung zuzustimmen.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat die Motion an und für sich nicht diskutiert. Sie hat aber im Bericht klar erwähnt, dass mit einer Mehrheit von zwei zu eins Steuererhöhungen nicht akzeptiert werden. Beim Fahrkostenabzug wissen wir, dass auf Bundesebene etwas läuft, das ungefähr 2016 in Kraft treten soll. Dass eine Anpassung der Steuergesetzgebung im Kanton Bern erforderlich sein wird, ist der FIKO bewusst; sie hat jedoch den momentan im Aufgaben- und Finanzplan eingestellten Betrag akzeptiert. Die FIKO hofft, das werde vom Rat ebenfalls akzeptiert, damit man dem Bund und den anderen Kantonen folgt und als Kanton Bern keine Ausnahmeregelung macht. Die Neubewertung der Liegenschaften ist Inhalt des Berichts. Das hat weder auf den VA noch auf den AFP Auswirkungen. Somit hat sich die FIKO über dieses Geschäft nicht aufgehalten.

Präsident. Der FIKO-Präsident hat es soeben vorgemacht: Die Fraktionsvoten haben sich auf alle drei Punkte – die Motion und die beiden Planungserklärungen – zu beziehen.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Zur Motion Näf. Fact ist bekanntlich, dass wir ein ausgeglichenes Budget 2014 ansteuern. Man könnte also sagen, die Motion sei bereits erledigt. Grundsätzlich stimmt die EVP dieser Stossrichtung jedoch zu. Wir haben eine etwas differenziertere Ansicht dazu. Und vor allem haben wir einen konkreten Vorschlag. Die EVP will keine neuen Schulden. Das haben Sie schon gehört. Mit dem Abschluss 2012 hat die Neuverschuldung um mehr als 645 Mio. Franken zugenommen. Zum Glück haben wir die Schuldenbremse: Sie zwingt uns, mindestens das Defizit aus der Laufenden Rechnung zu kompensieren. Der Voranschlag 2014 zeigt aber auch, dass eine Kompensation 2014 nicht möglich ist. Der Abtrag des Defizits muss nicht nur budgetiert werden, er sollte in der Jahresrechnung auch realisiert werden. Da setzen wir grosse Fragezeichen. Die EVP tritt dafür ein, die Kompensation von vergangenen Defiziten nicht mit schädlichen ASP-Massnahmen zu vollziehen. Es wäre aus unserer Sicht total falsch, nötige und zweckdienliche Strukturen nur zum Zweck des rückwärtsgerichteten Defizitabtrages endgültig zu zerstören. Zum nachträglichen Abtrag des Defizits aus der Laufenden Rechnung und zum Ausgleich des Finanzierungssaldos in der Investitionsrechnung braucht es gesonderte Massnahmen. Darum haben wir – und das ist unser Vorschlag – eine dringliche Motion eingereicht, welche den Regierungsrat beauftragt, für 2015 eine Defizitabgabe zu konzipieren. Im Rahmen seiner strategischen Ansätze einer nachhaltigen Finanzpolitik ermöglichen wir so dem Regierungsrat, Massnahmen zu einer separaten Bereinigung der Defizite 2012 und absehbar wohl auch 2013 zu treffen. Bei dieser Frage werden wir vor allem auch bei den Investitionen froh sein um diese Massnahmen. Damit ist der Regierungsrat auch frei in der Ausgestaltung des Defizitabtrages. Deshalb konnte die EVP der Erstreckung auf vier Jahre vorhin zustimmen. Obwohl wir überzeugt sind, dass die EVP mit dieser Defizitabgabe einen konstruktiveren Vorschlag einbringt, können wir der Motion zustimmen.

Mit den Planungserklärungen sind wir im dritten Teil unserer Strategie, und wir sagten ganz klar, dass wir keine weiteren Schulden wollen. Wir wollen lernen zu verzichten. Was hier vorgeschlagen wird, ist der Verzicht auf relativ gewichtige Massnahmen im gesamten ASP-Paket oder zumindest deren Korrektur. Die beiden Planungserklärungen der Parteiengruppe sind für uns typische Beispiele vom Erhalt von Privilegien: Ein privilegierter Personenkreis will davon profitieren, dass das eigene Grundstück über Jahre zu tief bewertet bleibt – meine lieben Kollegen, das geht nicht. Diese 10 bis 30 Mio. Franken, die hier beziffert sind, gehören der Gesellschaft. Auch beim Fahrkostenabzug will man auf einen Teil der 54 Mio. Franken zugunsten einer spezifischen Bevölkerungsgruppe verzichten, vermutlich dieselbe Bevölkerungsgruppe, die schon von der Senkung der Motorfahrzeugsteuer profitiert hat. Solidarität sieht im Kanton Bern anders aus. Die EVP lehnt beide Planungserklärungen ab.

Michael Adrian Aebersold, Bern (SP). «Herr, die Not ist gross. Die ich rief, die Geister, wird' ich nun nicht los.» Das ist nicht aus der Bibel, das ist der «Zauberlehrling», und die Geister, die ihr gerufen habt, sind die Steuersenkungen. Und das ist das Problem, das wir nun haben. Ich werde nicht alles, was gesagt wurde, wiederholen. Es bringt einfach wenig, Adrian Haas, wenn jetzt jeder nach vorn kommt und aus irgendeinem Berichtlein etwas zitiert, genau das erzählt, was ihm in den Kram passt und sagt, das untermauere seine Position. Ich werde deshalb das, was Natalie Imboden schon korrigiert hat, nicht wiederholen. Ich möchte aber unter anderem auch noch auf die Aussagen von Jürg Iseli eingehen, die in einer Zeitung standen, nämlich zur Frage, ob das, was jetzt passiert, gerecht sei. Er hat auf die Frage nicht direkt geantwortet, sondern sagte, bei der Steuergesetzrevision und bei der Motorfahrzeugsteuer habe halt das Volk so entschieden. Jetzt ist also das Volk schuld. Es ist interessant, in den Protokollen zu lesen, dass all die Exponenten, die hier vorn sitzen – ich beziehe mich bewusst nur auf die Männer – bei der Senkung der Motorfahrzeugsteuer Ja gestimmt haben. Es sind zum Teil auch die wesentlichen Promotoren der Steuersenkungen. Es ist deshalb ein bisschen seltsam, wenn man sich nun hinter dem Volk versteckt. Ich gehe davon aus, dass die Interessierten auch das Interview von Peter Hegglin gelesen haben, das eben in der «BZ» war. Er hat klar gesagt, dass nicht nur das Potenzial für Steuersenkungen «bis auf Weiteres ausgereizt» sei, sondern dass es wohl unumgänglich sei, zum Teil die Steuern zu erhöhen, weil es anders nicht gehe. Im Wesentlichen hat er zwei Argumente: das eine sind die Steuersenkungen, das andere die stark steigenden Ausgaben. Die SP verschliesst die Augen nicht vor diesen stark steigenden Ausgaben, aber wir stellen uns mindestens die Frage, warum das so ist. Etwas simpel gesagt, gibt es dafür zwei Gründe: das eine sind die demografischen Entwicklungen, wobei wir nichts dafür können, dass die Leute älter werden und die Pflege, die notwendig ist, immer mehr kostet. Man kann sie mit dem Ambulanten etwas auffangen, aber mehr kosten wird sie auf jeden Fall.

Ein zweiter Punkt – und dabei wende ich mich auch an die Tribüne – sind die 460 Mio. Franken, die der Bund auf den Kanton überwältigt hat: Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung, Kindes- und Erwachsenenschutz. Das können wir nicht einfach wegputzen, indem wir überall bei den Armen und Ärmsten sparen. Deshalb ist es auch falsch, die Vorschläge gegeneinander auszuspielen, weil man die eigene Klientel schützen will. Es stellt sich eben die Frage, ob man wirklich jeden hintersten und letzten Bauernhof wintersicher erschliessen will, ob «jedes Täli sis Spitali» haben soll und ob man Sonderregelungen einführen will, damit man in einem Ausnahmefall doch irgendwo noch eine kleinere Klasse weiterführen kann mit den entsprechenden Kostenkonsequenzen. Diese Fragen sind legitim. Man kann sie absolut mit Ja beantworten. Dann sei aber auch die Frage gestellt, wer das bezahlen soll. Am Schluss die Prämienverbilligungen und die Ergänzungsleistungen senken und im Sozialhilfebereich abbauen: Das sind eure Rezepte. Es wurde gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen – so lieb seid ihr im Moment zwar nicht –, wenn eure Politik die ist, dass ihr den Staat ausbluten wollt, damit am Schluss nichts mehr übrig ist, dann steht doch dazu und gebt nicht der bösen rot-grünen Regierung und dem Volk die Schuld. Die FIKO hat den ASP-Bericht zur Kenntnis genommen, sie war einbezogen und trägt ihn auch weitgehend. Nun einfach den Schwarzen Peter abzuschieben, ist mehr als billig. Ich weiss, die Äusserungen wurden gemacht, die Positionen sind bezogen. Wir kommen nicht darum herum, nächstes Jahr über Steuererhöhungen zu sprechen. Es ist anders nicht möglich, all die Bedürfnisse vernünftig zu befriedigen. Und ganz sicher falsch ist es, wenn die Herren Haas und Brand nun mit Anträgen kommen, die quasi wiederum die Einnahmen senken. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) Ich bin fertig, ihr habt es gemerkt. Es wird euch wohl kaum erstaunen, dass wir die beiden Planungserklärungen ablehnen. Ich bitte den Rat, dasselbe zu tun.

Präsident. Ich habe ein Problem mit der Anlage: ich wollte den Übersetzerinnen eine Pause gönnen, doch nun kann ich nicht mehr abschalten. Deshalb funktioniert auch die Übersetzung nicht mehr und ich kann die Redner nicht mehr freischalten. Ich entschuldige mich bei den Romands. Wir werden versuchen, das Problem über Mittag zu lösen.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Dass die Anlage nicht mehr funktioniert, sind wohl bereits die ersten Sparbemühungen. Erlauben Sie mir, zuerst einige finanzpolitische Grundsätze der BDP bekannt zu geben, damit wir sie in den kommenden fünf Tagen nicht immer wieder wiederholen müssen. Immerhin wird der BDP die höchste Kompetenz in der Finanzpolitik zugestanden. Auf eidgenössischer Ebene und in zwei Kantonen hat die BDP Finanzdirektorinnen an oberster Stelle. Folgende Eckwerte sind für die BDP absolut unverrückbar: Wir wollen kein Defizit und wir werden auch keinem defizi-

tären Budget zustimmen. Langfristig müssen die Budgets ausgeglichen sein, wir wollen keine massiven Schuldenerhöhungen in den nächsten Jahren und keine Erhöhung der Steueranlagen.

Ich komme zur Motion Näf. Sie kommt mir vor wie die antiautoritäre Erziehung: Kinder haben immer Wünsche und Bedürfnisse, und wenn das Geld nicht reicht, gehen sie zu den Eltern und verlangen mehr Geld, und wenn die Eltern mehr Geld geben, haben die Kinder noch mehr Wünsche und Anliegen. Und beim Kanton ist es dasselbe. Machen wir es doch gleich wie privat und geben wir nur das aus, was wir uns leisten können und was wir bezahlen können. Mit mehr Steuern stehen wir in zwei Jahren wieder am selben Punkt; und nichts von Steuersenkung, wie in der Motion vorgeschlagen wird. Schon heute sind wir, wie gesagt wurde, fast am Schluss der Rangliste des Steuerratings der Kantone. Bei den natürlichen Personen sind wir etwa auf dem 23. Rang der 26 Kantone. Mit einer Steuererhöhung würden wir die guten Steuerzahler vertreiben. Ich erinnere daran, dass im Kanton Bern ein Siebtel der Steuerzahlenden etwa 50 Prozent der Steuern zahlt. Wenn wir diese 7 Prozent oder zumindest einen Teil davon auch noch vertreiben, nimmt der Druck auf den Mittelstand noch stärker zu und dieser muss noch mehr bezahlen. Heute ist es für einige gute Steuerzahler sicher kein Problem, in den Kanton Solothurn, den Kanton Aargau, den Kanton Freiburg oder sogar in den Kanton Zug oder den Kanton Nidwalden umzuziehen. Solche Beispiele kennen wir bekanntlich aus der letzten Zeit.

Wo wären wir, wenn man die Steuern um zwei Zehntel erhöhen würde? Bereits 2015 haben wir wieder ein Defizit von 340 Mio. Franken. Ich darf daran erinnern, dass ein Steuerzehntel im Kanton Bern 140 Mio. Franken ausmacht. Das wären 280 Mio. Franken. Es würde also für 2015 nicht reichen. Für 2016 ist ein Defizit von 450 Mio. Franken im Aufgaben- und Finanzplan; man müsste demnach schon wieder erhöhen. Und wir wären weit davon entfernt, diese zwei Steuerzehntel wieder zu senken. Deshalb kommen wir nicht ohne Sparmassnahmen aus dieser Affäre heraus, das ist ganz klar. Wir haben primär ein Ausgabenproblem. Das sehen wir auch im ASP-Bericht. Wir sind bei den Ausgaben wesentlich über dem Durchschnitt, bei den Einnahmen liegen wir darunter. Im September 2012 hat das Volk mit der Motorfahrzeugsteuer ganz klar gesagt, dass es die Steuern senken will. Den Volksvorschlag der Linken, welche die Steuersenkung rückgängig machen wollte, lehnte das Volk ab. Es ist etwas billig, Michael Aebersold, wenn ihr, die ihr euch immer auf die Volksmeinung bezieht und abstützt, plötzlich sagt, das Volk könne nichts dafür, der bürgerliche Grosse Rat sei an diesem Schlamassel schuld. Dabei hat das Volk zweimal darüber abgestimmt. Die BDP-Fraktion lehnt diese Motion einstimmig und mit Überzeugung ab, den beiden Planungserklärungen Haas und Brand stimmt sie zu. Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein Zitat von Henry Ford: «Man wird nicht daran gemessen, wie viel wir verdienen, sondern daran, wie viel wir nicht ausgeben.»

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich glaube, die Grundsatzdebatte haben wir geführt, und ich werde mich darauf beschränken, wirklich auf die Punkte einzugehen, die noch diskutiert werden müssen. Die Hin- und Herwürfe bringen uns nicht weiter, sie nehmen vor allem Zeit in Anspruch. Zur Motion Näf: In den Abstimmungen zur Steuerinitiative im letzten Jahr wurde auch in der Presse von Weichenstellung für die steuerpolitische Zukunft des Kantons Bern gesprochen. Damals wurde ganz klar gesagt, es sei eine Weichenstellung für die Zukunft. Der Bürger, das Stimmvolk hat ein klares Signal ausgesandt und sagte, man wolle keine höheren Steuern. Im Gegenteil: Das Volk hat noch eins draufgesetzt und hat die Motorfahrzeugsteuern ebenfalls gesenkt. Es will nicht mehr zu den höchsten Steuer- und Abgabebzahlern der Schweiz gehören. Wir finden, das sei zu akzeptieren. Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz, dass man in derselben Legislatur nicht auf etwas zurückkommt, das man beschlossen hat. Es ist etwas schade, dass wir dies nur ein Jahr nach dieser Weichenstellung bereits infrage stellen wollen. Ich hatte ebenfalls viele Gespräche und viele Kontakte im Rahmen der ASP. Es kam eigentlich zu sehr positiven Kontakten mit den Leuten. Es gab praktisch niemanden, der sagte, wir sollten die Steuern erhöhen. Alle sprachen sich aber ein bisschen für das aus, was auch die Finanzdirektorin gesagt hat: Man solle nicht im eigenen Bereich, sondern lieber bei den andern nehmen. Dass man sparen muss, war aber unbestritten. Vor diesem Hintergrund werden wir die Motion Näf ablehnen.

Zu den Planungserklärungen haben wir, wie Adrian Haas sagte, im Juni 2012 eine ausführliche Diskussion geführt. Da sagten wir, dass wir extreme Ausreisser nach oben mit Fahrkostenabzügen von mehr als 20 000 Franken auch nicht richtig finden. Das soll limitiert werden. Aber 3000 Franken sind zu tief. Damit strafen wir Leute, die am Morgen noch keinen ÖV haben, um zur Arbeit zu gehen, und am Abend keine Möglichkeit haben, um mit dem ÖV heimzukehren, und deshalb auf das Auto angewiesen sind. Das finde ich auch unsozial. Genau diejenigen, denen wir Busse und Buslinien ge-

strichen haben, wollen wir zusätzlich strafen. Wir werden deshalb der Planungserklärung zustimmen. Bei der Planungserklärung zur allgemeinen Neubewertung von Grundstücken sehen wir vor allem die Mehrkosten. Es braucht personelle Ressourcen, das kostet. Die Anpassungen erfolgen heute schon kontinuierlich. Wenn ich einen Umbau mache und das in der Steuererklärung deklariere, folgt der Schätzer der Gemeinde relativ schnell auf dem Fusse und passt den amtlichen Wert an. Das ist auch richtig. Wir sind der Meinung, auf diese Neubewertung müsse man im Moment verzichten, und nehmen die Planungserklärung an.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Es wird Sie nicht erstaunen, dass die SVP die Motion zur Steuererhöhung einstimmig ablehnt. Die Steuern im Kanton Bern sind zu hoch, das wissen wir alle. Deshalb hat sich das Volk auch zweimal in dem Sinn geäußert, dass sie gesenkt werden sollen. Es ist mit den Befristungen in jedem Steuerbereich immer dasselbe: Auch im Kanton Bern waren die Handänderungs- und die Motorfahrzeugsteuererhöhungen befristet, nur hat man es anschliessend wieder vergessen. Deshalb sind solche Steuererhöhungen, wenn sie einmal beschlossen sind, auch von Dauer. Ich muss auch hier noch rasch den Querverweis auf die Milliarden für die PKG machen. Wäre im September ein Steuererhöhungsantrag in Zusammenhang damit gestellt worden, hätte man angesichts der Riesenschulden vielleicht noch ein gewisses Verständnis gehabt. Abgelehnt hätten wir es natürlich gleichwohl. Aber damals hätte es besser gepasst als hier. Im Übrigen ist es so, dass selbst bei angenommener Motion am Voranschlag 2014 nichts ändern würde. Man müsste das in den Zahlen der entsprechenden Positionen ändern, sonst ändert am Voranschlag nur mit dieser Motion nichts. Das Ausgabenwachstum ist das, was wir senken müssen. Das wurde schon mehrfach gesagt. Dann braucht es auch keine Steuererhöhungen. Ich bin etwas erstaunt über den Sprecher der EVP, der heute schon mindestens dreimal gesagt hat, die EVP sei gegen neue Schulden. Auch da vielleicht eine kleine Gedächtnisauffrischung: In der Septembersession, lieber Hans Kipfer, habt ihr einstimmig neuen Schulden von 3,5 Mrd. Franken zugestimmt. Wir kommen zu den Planungserklärungen: Die beiden Planungserklärungen werden von der SVP angenommen. Es gibt zwei beliebte Milchkühe, wenn es in der Schweiz und auch im Kanton Bern um Steuern und Abgaben geht: die Immobilienbesitzer und die Autofahrer. Auch dort muss man einmal einen Riegel schieben. In dem Sinn werden wir die beiden Planungserklärungen annehmen.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Wir müssen aufhören, immer zurückzuschauen und zu jammern. Vielleicht kam die Steuersenkung zu einem schlechten Zeitpunkt. Aber sie ist da und wir müssen uns damit arrangieren. Bei der Motorfahrzeugsteuer haben wir vehement gegen eine Senkung gekämpft, aber sie wurde vom Volk angenommen. Auch das ist ein Verdikt der Volks, das man nicht ändern kann. Wir haben ein Problem mit der Wirtschaftskraft. Wir haben verglichen mit der Wirtschaftskraft zu hohe Ausgaben und müssen das mit hohen Steuern kompensieren. Was in dieser Diskussion noch nicht erwähnt wurde, ist die Tatsache, dass wir auch einen interkantonalen Steuerwettbewerb haben. Ob das gut ist oder schlecht, sei dahingestellt. Aber wir leben nicht auf einer Insel oder mitten im Meer als Riesendampfer, der nicht links und rechts anstossen kann. Wir haben einen interkantonalen Steuerwettbewerb, und Sie wissen alle, dass wir dort ziemlich am Schluss sind. Wenn wir die Steuern nun erhöhen, und sei es nur für zwei Jahre, fallen wir noch weiter ab. Indirekt wird auch die Wirtschaftskraft sinken, weil die Leute nicht mehr im Kanton Bern wohnen wollen. Die glp-CVP-Fraktion lehnt deshalb die Motion von Roland Näf ab. Wir wollen keine Steuererhöhung. Wir müssen uns jetzt der Struktur- und Aufgabenüberprüfung hingeben und diesen Pfad ganz konsequent weitergehen. Etwas anders sieht es bei den Pendlerabzügen aus. Die FIKO lehnt diese Planungserklärung ab. Auch die glp-CVP-Fraktion will nicht, dass der Kanton Bern schon wieder eine Ausnahmeregelung macht. Wir würden uns fügen und würden uns der Bundesregelung anschliessen. Wir würden die 3000 Franken Pendlerabzug akzeptieren. Aber alles, was mehr ist, werden wir nicht akzeptieren. Es ist aber nicht erstaunlich und auch typisch, dass dieser Vorschlag von den rechtsbürgerlichen Kreisen kommt. Sie wollen zwar keine Steuererhöhung – das wollen wir auch nicht –, aber damit nicht genug: Sie wollen auch noch mehr Steuersubstrat entziehen. Und das können wir uns nicht leisten. Wenn wir dem stattgeben, reicht, liebe BDP, liebe SVP, liebe FDP, ein Post-it nicht mehr, um den Leuten zu erklären, dass man nicht so wahnsinnig sparen muss. Wir lehnen die Planungserklärung klar ab. Zur Planungserklärung von Peter Brand: Auch damit wird indirekt Steuersubstrat entzogen. Was mich bei Peter Brand noch etwas erstaunt hat: Er hat seine Interessenbindung nicht offengelegt. Was du da machst, lieber Peter, ist mehr als Klientelpolitik. Das können wir in dieser Spardebatte nicht brauchen. Auch diese Planungserklärung lehnen wir ganz klar ab.

Blaise Kropf, Bern (Grüne). Ich werde nicht ganz so pastoral sein wie meine Vorrednerin. Ich möchte zunächst einfach sagen: Die Anträge von Peter Brand und Adrian Haas demaskieren nach meinem Verständnis die Politik dieser beiden Parteien ziemlich schonungslos. Die Ablehnung dieser beiden Massnahmen hätte eine Verschlechterung der Haushaltssituation von sage und schreibe 64 bis 84 Mio. Franken zur Folge. Im Sinn des bürgerlichen Kompensationsdenken, das immer wieder in diese Debatte eingebracht wurde, fordere ich die FDP und die SVP auf, uns hier am Rednerpult kundzutun, wo sie die entgangenen 80 Mio. Franken kompensieren wollen. Möchte man es bei Menschen mit einer Behinderung machen? Möchte man es bei der Spitex machen? Bei der Bildung? Kolleginnen und Kollegen, diese Anträge von FDP und SVP sind doch massiv verlogen, gerade wenn man das Inserat im Kopf hat, das vor zwei Tagen in den Zeitungen erschienen ist. Adrian Haas möchte ich darauf hinweisen, dass die Plafonierung des Fahrkostenabzugs eine gesamtschweizerische Massnahme ist. Ich weise ihn auch darauf hin, dass es eine sehr ökologische Massnahme ist – gerade weil die gesamtschweizerische FDP in letzter Zeit versucht, sich ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Es ist eine sinnvolle Massnahme, die zu weniger Pendler und zu weniger Infrastrukturausgaben im Bereich Verkehr führt. Damit ist es auch eine langfristig wirksame Sparmassnahme. Für die Umsetzung des Fahrkostenabzugs braucht es eine Gesetzesänderung, das wissen wir. Aber wir erachten es als ein sehr schlechtes Zeichen, wenn wir bereits heute mit dem geballten Widerstand der bürgerlichen Parteien konfrontiert sind.

Peter Brand wiederum betreibt mit seiner Planungserklärung ziemlich reine Klientelpolitik. Dass der Präsident des Hauseigentümerversands sich gegen eine Neubewertung der Grundstücke wehrt, finde ich doch relativ plump. Es zeigt aber zumindest recht deutlich auf, dass sich die SVP mittlerweile relativ weit von ihrem ehemaligen Anspruch, eine staatstragende Partei zu sein, entfernt hat. Übrig geblieben ist die Vertretung von reinen Partikularinteressen. Die Motion der SP-JUSO-PSA werden die Grünen unterstützen. Eine gewisse auch steuerpolitische Flexibilität ist genau das, was in dieser Situation angebracht wäre. So, wie die Grünen, aber auch die SP und einige weitere Parteien vor einigen Jahren den rückblickenden Steuerrabatt mitgetragen haben, wäre es nun ein Zeichen der Vernunft, bereit zu sein, eine befristete Erhöhung der Steueranlage in Kauf zu nehmen, um damit einen Voranschlag beschliessen zu können, der eine verantwortungslosen Abbau verhindert. Allerdings will ich nicht verschweigen, dass der Einleitungssatz in der Begründung des SP-JUSO-PSA-Vorstosses, «Ein defizitärer Voranschlag widerspricht dem Gebot der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik.», bei uns zu Irritationen und Sorgen geführt hat. Ich muss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SP: Da haben wir eine etwas andere Einschätzung. Eine ausgewogene, verantwortungsvolle Finanzpolitik besteht eben gerade darin, dass man in gewissen Situationen auch ein Defizit und eine Neuverschuldung in Kauf nehmen kann. Es wäre wichtig, diesen Anspruch an unsere Finanzpolitik auch weiterhin gemeinsam tragen zu können. Das wird auch finanzwissenschaftlich immer wieder bestätigt. Eine konjunkturelle Phase von Mindereinnahmen darf durchaus auch mit einem Defizit oder einer Neuverschuldung kompensiert werden.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr.

Die Redaktorin:
Priska Vogt (d)